



Stadtratssitzung
Donnerstag, 11. Januar 2007, 17.00 Uhr
Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Protokollgenehmigung (Protokoll Nr. 30 vom 9. November 2006 und Nr. 31 vom 16. November 2006)	---
2. Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2007	---
3. Budget- und Aufsichtskommission (BAK) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2007 - Ersatzwahl von einem Mitglied	---
4. Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2007	---
5. Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2007	---
6. Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2007	---
7. Umsetzungskommission NSB (UK NSB) - keine Ersatz- und Neuwahlen	---
8. Agglomerationskommission (AKO) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums - Ersatzwahl von zwei Mitgliedern	---
9. Motion Margrith Beyeler-Graf (SP), Verena Furrer-Lehmann (GFL), Urs Ja-berg (FDP), Christoph Müller (FDP), Margrit Stucki-Mäder (SP), Ueli Stü-ckelberger (GFL) vom 17. Juni 2004: Aktive Wohnpolitik: Massnahmen für die Legislaturplanung 2005–2008; Abschreibung (PVS: Omar / PRD: Tschäppät)	04.000389
10. Motion Fraktion SP/JUSO (Christof Berger, SP): Das heutige Gelände der KVA zum Wohnen und Leben (PRD: Tschäppät)	06.000118
11. Motion Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold/Stefan Jordi, SP): Mitsprache ernst nehmen – faire Rahmenbedingungen für Mitwirkungs- und Vernehm-lassungsverfahren (PRD: Tschäppät)	06.000150
12. Interpellation Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden, GB): Vidmar-Hallen / Stadt-theater Bern: Finanzielle Nachhaltigkeit eines neuen kulturellen Agglomera-tionsprojekts? (PRD: Tschäppät)	06.000113
13. Motion Oskar Balsiger (SP) vom 03.06.1999: Veloverbindung Breitenrain – Ittigen (Umfahrung Wankdorfplatz); Fristverlängerung Punkt b, Abschrei-bung Punkt c (PVS: Jordi / TVS: Rytz)	99.000294

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 1	1
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr	3
Persönliche Erklärung von Christian Wasserfallen.....	4
Mitteilungen des Präsidenten.....	4
1 Protokollgenehmigung.....	5
2 Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2007	6
Wahl des Präsidiums.....	6
Wahl des 1. Vizepräsidiums.....	7
Wahl des 2. Vizepräsidiums.....	7
Wahl der Stimmzählenden	7
3 Budget- und Aufsichtskommission (BAK) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2007 - Wahl eines Ersatzmitgliedes für das Jahr 2007	7
4 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2007	8
5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2007	8
6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2007.....	8
7 Umsetzungskommission NSB (UK NSB)	8
8 Agglomerationskommission (AKO) - Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums sowie Ersatzwahlen für das Jahr 2007.....	8
9 Motion Margrith Beyeler-Graf (SP), Verena Furrer-Lehmann (GFL), Urs Jaberg (FDP), Christoph Müller (FDP), Margrit Stucki-Mäder (SP), Ueli Stückelberger (GFL) vom 17. Juni 2004: Aktive Wohnpolitik: Massnahmen für die Legislaturplanung 2005–2008; Abschreibung.....	9
10 Motion Fraktion SP/JUSO (Christof Berger, SP): Das heutige Gelände der KVA zum Wohnen und Leben	14
11 Motion Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold/Stefan Jordi, SP): Mitsprache ernst nehmen – faire Rahmenbedingungen für Mitwirkungs- und Vernehmlassungsverfahren	17
12 Interpellation Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden, GB): Vidmar-Hallen/Stadttheater Bern: Finanzielle Nachhaltigkeit eines neuen kulturellen Agglomerationsprojekts?.....	20
13 Motion Oskar Balsiger (SP) vom 03.06.1999: Veloverbindung Breitenrain-Ittigen (Umfahrung Wankdorfplatz); Fristverlängerung Punkt b/Abschreibung Punkt c	25
Eingänge	26

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.00 Uhr

Vorsitzende

Präsident 2006 Peter Künzler
Präsident 2007 Peter Bernasconi

Anwesend

Hans Peter Aeberhard
Michael Aebersold
Raymond Anliker
Carolina Aragón
Stefanie Arnold
Gabriela Bader Rohner
Rania Bahnan Büechi
Thomas Balmer
Stefan Bärtschi
Giovanna Battagliero
Christof Berger
Dieter Beyeler
Margrith Beyeler-Graf
Manfred Blaser
Peter Bühler
Conradin Conzetti
Dolores Dana
Myriam Duc
Susanne Elsener
Anastasia Falkner
Andreas Flückiger
Urs Frieden
Rudolf Friedli
Verena Furrer-Lehmann
Jacqueline Gafner Wasem

Simon Glauser
Thomas Göttin
Beat Gubser
Ueli Haudenschild
Erich J. Hess
Beni Hirt
Stephan Hügli-Schaad
Natalie Imboden
Mario Imhof
Ueli Jaisli
Daniele Jenni
Sarah Kämpf
Rudolf Keller
Markus Kiener
Andreas Krummen
Claudia Kuster
Annette Lehmann
Edith Leibundgut
Daniel Lerch
Anna Magdalena Linder
Liselotte Lüscher
Ursula Marti
Corinne Mathieu
Patrizia Mordini

Erik Mozsa
Christoph Müller
Philippe Müller
Reto Nause
Nadia Omar
Lydia Riesen-Welz
Hasim Sancar
Franziska Schnyder
Beat Schori
Miriam Schwarz
Hasim Sönmez
Ernst Stauffer
Barbara Streit-Stettler
Ueli Stückelberger
Martin Trachsel
Gisela Vollmer
Christian Wasserfallen
Catherine Weber
Anne Wegmüller
Thomas Weil
Sandra Wyss
Christoph Zimmerli
Beat Zobrist
Andreas Zysset

Entschuldigt

Karin Feuz-Ramseyer
Karin Gasser

Stefan Jordi
Simon Röthlisberger

Rolf Schuler

Vertretung Gemeinderat

Alexander Tschäppät PRD
Barbara Hayoz FPI, stv. SUE

Edith Olibet BSS

Regula Rytz TVS

Entschuldigt

-

Ratssekretariat
Jürg Stampfli

Stadtkanzlei
Irène Maeder Marsili

Die Anwesenden erheben sich zu einer Schweigeminute im Gedenken an den verstorbenen Gemeinderat Kurt Wasserfallen.

Persönliche Erklärung von Christian Wasserfallen

Liebe Gemeinderatsmitglieder, lieber Stadtratspräsident, liebe Frau Stadtschreiberin, sehr verehrte Stadträte, liebe Medienschaffende und liebe Zuschauer auf der Tribüne. Die vergangene festliche Zeit war für unsere Familie nach dem plötzlichen Tod meines Vaters sehr schwierig. Die Adventszeit ist immer eine Zeit der Andächtigkeit, und wenn ein derartiges Ereignis so kurz davor eintritt, ist dies nicht einfach zu bewältigen. Wir haben funktioniert, und wir mussten erledigen, was es zu erledigen gab. Aber wir mussten auf unserem schwierigen Weg nicht allein gehen, wir durften eine tiefe Anteilnahme empfinden von Ihnen, in hunderten von Trauerkarten, in persönlichen Gesprächen und nicht zuletzt in einer überwältigenden Präsenz im Münster am Trauergottesdienst. Das alles hat mir und meiner Familie sehr viel Kraft gegeben, und dafür möchten wir Ihnen ganz herzlich danken.

Die politische Arbeit meines Vaters wurde sehr hoch eingeschätzt, auch wenn er manchmal eine andere Meinung vertrat als Sie hier in diesem Saal. Politische Hartnäckigkeit und Menschlichkeit waren wahrscheinlich nie so vereint in einer Person wie in meinem Vater. Ich wünsche mir, dass Parteikollegen, Freunde, aber auch politische Gegner, Kurt Wasserfallen genau so in Erinnerung behalten. Vielleicht nimmt der eine oder andere diese Tugend von politischer Menschlichkeit in sich auf und trägt sie weiter.

Mitteilungen des Präsidenten

Peter Künzler: Ich möchte das neue Jahr im Stadtrat mit dem Dank für die Mitarbeit im 2006 beginnen. Mein erstes Dankeschön geht an die Ratssekretärin Annina Jegher und an den Ratssekretär Jürg Stampfli für ihre immer ausgezeichnete Unterstützung vor, während und nach den Stadtratssitzungen und die jederzeit freundlichen Gesichter.

Der Ratspräsident überreicht Annina Jegher und Jürg Stampfli unter dem Applaus der Anwesenden ein Geschenk.

Als nächstes möchte ich der Stadtschreiberin, Irène Maeder Marsili, und dem Vizestadtschreiber, Jürg Wichtermann, danken. Sie haben sehr wichtige Beiträge geleistet für die korrekte Abwicklung der Geschäfte und Verbesserungen erreicht, die auch weiterhin eine Rolle spielen werden. Ich danke auch für die immer vorhandene gute Verbindung über Sie zum Gemeinderat und ebenfalls für die jederzeit freundlichen Gesichter.

Der Ratspräsident überreicht Irène Maeder Marsili unter dem Applaus der Anwesenden ein Geschenk.

Bei einer Ernennung zum Ehrendoktor, Beat Roschi, müsste man wohl sagen: Dem unermüdlichen Betreuer stadträtlicher Sitzungen; dem Retter bei Pannen des stadträtlichen Abstimmungscomputers; dem souveränen und initiativen Organisator von Stadtratsausflügen und Stadtratsessen. Und ausserhalb der Ehrendoktorwürde, für mich persönlich: Danke für die gewaltige Arbeit die den diesjährigen Stadtratsausflug überhaupt erst Realität werden liess. Als sehr seltener Fall in der heutigen Zeit bist du ein bekennender Liebhaber von Süssem, und ich habe mir erlaubt, daraus meine Konsequenzen zu ziehen.

Der Ratspräsident überreicht Beat Roschi unter dem Applaus der Anwesenden ein Geschenk. Ich möchte als nächstes dem Gemeinderat danken. Ihm als Kollegialbehörde spreche ich meinen Dank kollektiv aus, für eine ausgezeichnete, freundliche ja freundschaftliche Zusam-

menarbeit. Im Sinn der kollegialen kollektiven Individualistinnen und Individualisten erhält der Gemeinderat seine Geschenke zusammengehalten durch den goldenen Faden der Kollegialität. Ich übergebe das Ganze dem Stadtpräsidenten zur kollegialen Aufgabenverteilung. Das goldene Päckchen ist allerdings nicht für ihn, sondern für das neue Gemeinderatsmitglied. Es enthält ein Ovo Sport, das neue Mitglied dürfte eine Stärkung nötig haben.

Der Ratspräsident überreicht Alexander Tschäppät unter dem Applaus der Anwesenden fünf zusammengebundene Geschenke.

Schliesslich möchte ich dem Stadtrat als Ganzem danken. Vor einem Jahr, im Spital, erhielt ich von Ihnen eine grosse Zahl von Karten und guten Wünschen, und es hat offenbar genützt. Ich habe mich während des ganzen Jahres von Ihnen getragen gefühlt, ich musste nicht versuchen, perfekt zu sein, ich war es auch nicht.

Ich habe das Amt des Präsidenten mit grosser Freude ausgeführt und ich hoffe, dass dies hin und wieder auch spürbar wurde. Sie haben meine Sprechweise mit der notwendigen Toleranz gegenüber allen menschlichen Schwächen ertragen, wie auch meine eher unüblichen Farbzeichnungen für bestimmte Abstimmungsknöpfe, und ich möchte allen für die gute Zusammenarbeit im 2006 ein grosses Dankeschön aussprechen. Merci vilmol.

Als neues Stadtratsmitglied begrüsse ich Manfred Blaser, SVP, der die Nachfolge von Erich Ryter antritt. Ich wünsche ihm eine gute Zeit im Stadtrat.

Ich gebe den Austritt von Catherine Weber und von Stefanie Arnold, beide GB, bekannt. Sie haben ein gemeinsames Schreiben verfasst: „Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, im Sinne der immer wieder eingeforderten Ratseffizienz verabschieden wir uns mit einem gemeinsamen Rücktrittsschreiben. Es sind berufliche und zeitliche Gründe, die uns zum Austritt aus dem Stadtrat bewogen haben. Wir danken Euch an dieser Stelle für die angenehme und faire Zusammenarbeit, sowohl im Rat als auch in der Kommission.

Wir möchten vor allem dem Team vom Ratssekretariat herzlich danken für seine nicht mehr wegzudenkende Arbeit und Unterstützung der Parlamentsarbeit. Ein ganz grosser Dank geht auch an alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Trotz der immer enger werdenden finanziellen Ressourcen und trotz der leider immer wieder im Stadtrat geäusserten unverdienten Kritik führen sie ihre Arbeit zuverlässig aus. Sie leisten damit einen enorm wertvollen Beitrag dafür, dass unsere Stadt Bern eine so patente, lebendige Wohn- und Arbeits-Stadt ist.

Euch allen wünschen wir weiterhin viel Kampfgeist – in und ausserhalb des Ratssaales. Und wir danken Euch jetzt schon dafür, dass Ihr unsere motivierten Nachfolgerinnen in Euren Reihen ebenso gut aufnehmen werdet wie uns beide.

Mit Cristina Anliker Mansour und Christine Michel nehmen zwei engagierte Frauen unsere Plätze ein. Damit bleibt die Fraktion GB/JA! weiterhin so präsent wie Ihr es gewohnt seid. Und zumindest beim Grünen Bündnis ist die Frauenquote weiterhin mehr als nur erfüllt! Stefanie Arnold und Catherine Weber“.

1 Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nr. 30 vom 9. November 2006 und Nr. 31 vom 16. November 2006 werden mit dem besten Dank an die Protokollführerinnen und den Protokollführer genehmigt.

2 Bestellung des Büros des Stadtrats für das Jahr 2007

Peter Künzler: Als Präsident ist Peter Bernasconi nominiert. Er war im 2006 erster Vizepräsident und hat mich, ins kalte Wasser geworfen, die ersten drei Monate vertreten. Ich möchte dies hier ganz herzlich verdanken.

Wahl des Präsidiums

Als Ratspräsident für das Jahr 2007 wird der von der Fraktion SVP/JSVP vorgeschlagene bisherige 1. Vizepräsident Peter Bernasconi (SVP) einstimmig gewählt.

Die Anwesenden gratulieren dem Gewählten mit Applaus.

- Peter Künzler übergibt Peter Bernasconi die Ratsleitung. -

Peter Bernasconi: Lieber abtretender Stadtratspräsident, werter Stadtpräsident, werte Gemeinderätinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste und Bekannte und Presse auf der Tribüne. Ich danke dem Stadtrat für die überwältigende Wahl ganz herzlich. Ich werde mich bemühen, Ihr Vertrauen nicht zu enttäuschen und versuchen, ein gutes Stadtratsjahr daraus zu machen. Du, lieber Peter, hast den Rat mit bewundernswerter Effizienz geleitet, das wirkte sich auf die Sitzungen aus. Der ganze Rat hat es geschätzt, im letzten Drittel nur noch Nachmittagssitzungen zu absolvieren, trotz grösserer Geschäftslast.

Ich erinnere mich gern an den Stadtratsausflug nach Basel, in die Heimat von Peter Künzler. Er hat uns dort mit Charme gezeigt, dass es nicht nur hinter dem Gurten Menschen gibt, sondern auch hinter den Jurahöhen – und was für Menschen.

Weil Peter Künzler zu Jahresbeginn aus gesundheitlichen Gründen nicht einsatzfähig war, konnte ich bereits etwas Präsidialluft schnuppern. Zum Glück kam er bald an seinen Posten zurück und das Berndeutsch machte wieder dem Baseldeutschen Platz. Ich möchte dir, Peter, im Namen des ganzen Parlaments ganz herzlich danken. Die Art, wie du den Ratsbetrieb geführt hast, war für uns lehrreich. Ich habe deine Leitung aufmerksam beobachtet, um daraus lernen zu können. Von deinem Einsatz, deinem Humor und auch von deinem Instinkt will ich einen guten Anteil in mein Präsidialjahr übernehmen.

Auf unseren Nachhausemärschen von den Stadtratssitzungen hast du immer betont, wie wichtig dir die Gesundheit sei. Sollte dir eine gute Idee fehlen, um etwa dafür zu tun, kannst du dir eines dieser Geschenke zu Gemüte führen. *(Peter Bernasconi überreicht Peter Künzler unter dem Applaus der Anwesenden Geschenke)* Im Buch über Alpinwandern im Berner Oberland findest du bestimmt das Richtige. Willst du weniger unternehmen, kannst du aus einer der 35 Routen aus dem Buch auswählen. Und damit du immer wieder den Weg nach Hause findest, liegt noch eine Wanderkarte der Region bei.

Ein anderer schwerer Schicksalsschlag ist verantwortlich dafür, dass ich ein Jahr lang Präsident des Stadtrats sein darf: Die schwere Krankheit von Erich Ryter, die schliesslich zu seinem Ausscheiden aus dem Stadtrat führte. Eigentlich sollte er heute an meiner Stelle hier sitzen. Ich würde gerne auf die präsidiale Ehre verzichten, hätte Erich Ryter die Kraft und die Gesundheit, um in unseren Kreis zurückzukommen.

Unser Parlament muss auch im neuen Jahr gute Arbeitsbedingungen vorfinden, wenn es seine Arbeit im Dienste der schönsten Schweizer Stadt gut erfüllen will. Ich will den Ratsbetrieb schnörkellos und direkt führen. Dazu gehört selbstverständlich, dass ich ein Jahr lang politisch unabhängig und neutral und der Präsident aller Stadträtinnen und Stadträte sein will. Wer im Rat spricht, hat Anrecht auf Respekt. Wir alle vertreten hier nicht unsere private Meinung, sondern die Anliegen unserer Wählerinnen und Wähler. In diesem Sinn ist der Stadtrat der Spiegel der Bevölkerung. Es scheint mir wichtig, dass sich die Bevölkerung in ihrem Stadtrat wieder erkennt und dass wir nicht an den Bernerinnen und Bernern vorbeipolitisieren.

Die andere Meinung eines Rats-, Kommissions- oder Fraktionsmitglieds ist nicht ein persönlicher Angriff, sondern Ausdruck der politischen Vielfalt, die wir mit unserem Demokratie-System anerkennen. Das scheint gelegentlich vergessen zu gehen. Wenn die Emotionen im Rat hoch schäumen, könnten Aussenstehende manchmal den Eindruck erhalten, dass wir als Gladiatoren in der Arena des Circus Maximus gegeneinander kämpfen. Ich sehe mit Sorge, dass die Stadträtinnen und Stadträte gelegentlich von allen Seiten an diesem Karren zerrén. Einfacher und vernünftiger wäre es doch, vorher zusammen zu sprechen und zu versuchen, eine gemeinsame Zugrichtung zu vereinbaren und nach mehrheitsfähigen Lösungen zu suchen, die von einer breiten Basis getragen werden. Es gibt in jeder Auseinandersetzung und in jedem sachlichen Gespräch Gewinner und Verlierer. Wer in der Lage ist, nach sachlicher Auseinandersetzung und nach Abwägen der Argumente eine Niederlage wegzustecken, im Bewusstsein darum, dass es langfristig zu einem Ausgleich kommen wird, hat den Sinn der politischen Gesprächskultur begriffen. Gerade Mehrheiten müssen sich dieser Problematik besonders bewusst sein und diesem Umstand besondere Aufmerksamkeit schenken. Zusammen mit dem Gemeinderat, der Stadtkanzlei, dem Ratssekretariat und der Verwaltung müssen und werden wir auch dieses Jahr Lösungen für die Probleme suchen und auch finden. Wir haben keine andere Wahl, das wird von uns erwartet. Als Beitrag dazu habe ich mir vorgenommen, im Präsidialjahr mit allen Parlamentariern und Parlamentarierinnen einmal im kleinen Kreis essen zu gehen. Ich werde darauf achten, diejenigen am Tisch zusammenzuführen, die grosse Meinungsverschiedenheiten haben. Bern ist die Bundeshauptstadt, Bern gehört zum UNESCO-Weltkulturerbe. Wir dürfen stolz sein auf unsere Stadt, und aus diesem Grund dürfen wir die problematischen Bereiche nicht einfach ausblenden. Bern hat unseren Einsatz verdient, zeigen wir uns also unserer Stadt würdig, tragen wir ihr Sorge, wir haben nur ein Bern.

Wahl des 1. Vizepräsidiums

Als 1. Vizepräsident für das Jahr 2007 wird der von der Fraktion SP/JUSO vorgeschlagene bisherige 2. Vizepräsident Andreas Zysset (SP) einstimmig gewählt.

Die Anwesenden gratulieren dem Gewählten mit Applaus.

Wahl des 2. Vizepräsidiums

Als 2. Vizepräsident für das Jahr 2007 wird der von der Fraktion FDP vorgeschlagene Ueli Haudenschild (FDP) einstimmig gewählt.

Die Anwesenden gratulieren dem Gewählten mit Applaus.

Wahl der Stimmzählenden

Liselotte Lüscher (SP) und Stephan Hügli (FDP) werden einstimmig als Stimmzählende bestätigt.

3 Budget- und Aufsichtskommission (BAK)

- Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2007**
- Wahl eines Ersatzmitgliedes für das Jahr 2007**

Der von der Fraktion GFL/EVP vorgeschlagene bisherige Vizepräsident Conradin Conzetti (GFL) wird vom Rat einstimmig zum Präsidenten der BAK gewählt.

Der von der Fraktion SVP/JSVP vorgeschlagene Rudolf Friedli (SVP) wird vom Rat einstimmig zum neuen Vizepräsidenten der BAK gewählt.

Der von der Fraktion SVP/JSVP vorgeschlagene Stefan Bärtschi (SVP) wird vom Rat einstimmig als neues Mitglied und als Ersatz für Peter Bernasconi in die BAK gewählt.

4 Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU)
- Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2007

Die von der Fraktion GB/JA! vorgeschlagene bisherige Vizepräsidentin Franziska Schnyder (GB) wird vom Rat einstimmig zur Präsidenten der FSU gewählt.

Die von der Fraktion FDP vorgeschlagene Dolores Dana (FDP) wird vom Rat einstimmig zur neuen Vizepräsidentin der FSU gewählt.

5 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS)
- Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2007

Der von der Fraktion FDP vorgeschlagene bisherige Vizepräsident Markus Kiener (FDP) wird vom Rat einstimmig zum Präsidenten der PVS gewählt.

Der von der Fraktion GB/JA! vorgeschlagene Urs Frieden (GB) wird vom Rat einstimmig zum neuen Vizepräsidenten der PVS gewählt.

6 Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK)
- Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums für das Jahr 2007

Der von der Fraktion SVP/JSVP vorgeschlagene bisherige Vizepräsident Simon Glauser (SVP) wird vom Rat einstimmig zum neuen Präsidenten der SBK gewählt.

Die von der Fraktion SP/JUSO vorgeschlagene Miriam Schwarz (SP) wird vom Rat einstimmig zur neuen Vizepräsidentin der SBK gewählt.

7 Umsetzungskommission NSB (UK NSB)

Keine Ersatz- und Neuwahlen.

8 Agglomerationskommission (AKO)
- Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums sowie Ersatzwahlen für das Jahr 2007

Die von der Fraktion FDP vorgeschlagene bisherige Vizepräsidentin Jacqueline Gafner Wasesem (FDP) wird vom Rat einstimmig zur neuen Präsidentin der AKO gewählt.

Die von der Fraktion SP/JUSO vorgeschlagene Ursula Marti (SP) wird vom Rat einstimmig zur neuen Vizepräsidentin der AKO gewählt.

Der von der Fraktion GFL/EVP vorgeschlagene Peter Künzler (GFL) wird vom Rat einstimmig als neues Mitglied und als Ersatz für Nadia Omar (GFL) in die AKO gewählt.

Der von der Fraktion SVP/JSVP vorgeschlagene Manfred Blaser (SVP) wird vom Rat einstimmig als neues Mitglied und als Ersatz für Stefan Bärtschi (SVP) in die AKO gewählt.

9 Motion Margrith Beyeler-Graf (SP), Verena Furrer-Lehmann (GFL), Urs Jaberg (FDP), Christoph Müller (FDP), Margrit Stucki-Mäder (SP), Ueli Stückelberger (GFL) vom 17. Juni 2004: Aktive Wohnpolitik: Massnahmen für die Legislaturplanung 2005–2008; Abschreibung

Geschäftsnummer 04.000389 / 06/249

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzuschreiben.

Bern, 13. September 2006

Nadia Omar (GFL) Für die Kommission PVS: Die Motion ist gegliedert in vier Hauptthemen:

1. Wohnbauförderung: Hier werden quantitative Ziele gesetzt. Es geht um mehr Wohnungen und einen höheren Wohnanteil an den Entwicklungsschwerpunkten und darum, Bauzonen baureif zu machen und Büros in Wohnungen zurückzuführen oder umzunutzen.
2. Förderung der Wohnqualität: Stichworte sind hier familienfreundliche Wohnungen, hohe städtebauliche Qualität, Lärmschutzmassnahmen, gute Öv-Erschliessungen.
3. Wohnumfeldverbesserung: Es geht um Grünplanung und Schulwegsicherung.
4. Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik: Hier wird eine klare Strategie gefordert.

Die PVS stimmte gegen die Abschreibung (6 Ja : 0 Nein, 1 Enthaltung). In der Kommission wurde z.B. das Fehlen eines Zonenportfolios bemängelt, das aufzeigt, welche Zonen wir brauchen und wo Reserven vorhanden sind. Weiter hätte sich die PVS vom Gemeinderat eine mutigere Zielsetzung gewünscht, die sich auf konkrete Zahlen betreffend angestrebte Einwohnerzahlen festlegt. Wir vermissten zudem eine Gesamtstrategie des Fonds und einen Massnahmenplan, ebenso eine Priorisierung und einen Vorgehensplan für die Umsetzung der Lärmschutzmassnahmen, und schliesslich fehlte auch das Freiraumkonzept, das in der Motion gefordert worden war. Trotz vielen Erklärungen des Gemeinderates in der Kommission wurden noch nicht alle Fragen befriedigend beantwortet. Die PVS betrachtet diesen Bericht als Zwischenbericht. Wir beantragen dem Stadtrat, der Kommission zu folgen und die Motion nicht abzuschreiben.

Margrith Beyeler-Graf (SP) für die Motionäre und Motionärinnen: Ich anerkenne die Bemühungen des Gemeinderates zur Umsetzung der Legislaturziele, aber es wäre falsch, die Motion abzuschreiben, sie ist absolut nicht erfüllt. Zwar wird ansatzweise aufgezeigt, was alles in Gang oder in Planung ist, aber es wird nicht wirklich klar, was der Gemeinderat macht und was nicht. Bund und Kanton sollten mehr in die Verantwortung genommen werden. Aber was unternimmt der Gemeinderat in diese Richtung? Es ist aus der Antwort nicht ersichtlich. Eine Motion sollte nur abgeschrieben werden, wenn sie sachlich erfüllt oder sachlich unmöglich ist. Im vorliegenden Fall trifft keines von beidem zu. Im Motionstext wurde festgehalten, es gehe um Massnahmen der Legislaturplanung 2005 bis 2008, es bleibt also noch Zeit für eine offensive Wohnbauförderung. Der Gemeinderat hat seine Aufgabe nicht gemacht, die Antwort ist eher ein Zwischenbericht. Ich bitte Sie, die Motion nicht abzuschreiben.

Fraktionserklärungen

Verena Furrer-Lehmann (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Wir verdanken den umfassenden Bericht über die laufenden Tätigkeiten und Projekte, sind aber sehr erstaunt, dass bereits nach der Hälfte der Legislatur Abschreibung beantragt wird, obwohl das Erreichen der postulierten Ziele in weiter Ferne liegt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Gemeinderat recht grosszügig Ressourcen eingesetzt hat für das Erreichen seiner Legislaturziele in Sachen Wohnbaupolitik, indem er eine Abteilung „Stadtentwicklung“ eingerichtet hat.

In diesem Saal wurde mit grossem Aufwand ein wohnbaupolitischer Konsens erarbeitet mit dem Ziel, den Bevölkerungsschwund und die Abwanderung zu stoppen, die Attraktivität von Bern als Wohnstadt zu erhöhen und, ganz substanziell, die Schaffung von neuen, grosszügigen Wohnungen zu fördern. Durch diesen Konsens im Parlament wären dem Gemeinderat die wesentlichen Rahmenbedingungen gegeben, um das Ziel, zu erreichen, das er als Schwerpunkt seiner Legislatur festgelegt hat. Leider ist dies nicht der Fall. Die im Bericht erwähnten und die 200 neuen Wohnungen stehen im Widerspruch zur Statistik, die von einer Netto-Abnahme an Wohnungen spricht. Woran hapert es? Warum sind wir derart weit von den Zielen entfernt, dass sie sehr wahrscheinlich bis Ende des kommenden Jahres nicht einmal annähernd erreicht sind?

Die Umsetzung dieser Legislaturziele liegt in der operativen Kompetenz des Gemeinderates. Wir können ihn hier einzig unterstützen oder kritisieren. Die Fraktion GFL/EVP macht beides. Sie ist seit langem am Thema dran, ich möchte einige Punkte aus unserer Diskussion weitergeben. Wir sind uns durchaus bewusst, dass die Aufgabe schwierig ist und von vielen Faktoren abhängt. Vielleicht braucht es aber mehr als eine Abteilung Stadtentwicklung mit zusätzlichen Stellen und zusätzlichen Finanzen, nämlich Personen mit Charisma, mit politischem Gewicht, die als Ansprechpartner der Stadt gelten. Und es braucht Personen mit einem Beziehungsnetz in der Wirtschaft, der Finanzwelt und der Baulobby. Es braucht auch Personen mit fachspezifischem Hintergrund, die wissen, wie man in einer Generalunternehmung denkt und wie es bei einem Immobilien-Investor zugeht, und wir müssen beim Stadtpräsidenten nachfragen, ob dies nicht seine ureigene Sache ist. – In Klammer: die Bemerkung ist als Kompliment gemeint. Wir können nur etwas erreichen, wenn wir Personen einsetzen, die in ähnlicher Masse, wie wir einen Kulturpolitiker haben, Cracks sind auf ihrem Gebiet. Es reicht nicht, eine Dienstleistung bereitzustellen und zu warten, bis wir angefragt werden, sondern wir müssen sehr offensiv auf mögliche Partner zugehen, auf Private, auf Bauwillige, auf Genossenschaftler, auf Investoren, auf Landbesitzer. Wir müssen aktiv und kooperativ das Gespräch suchen mit dem Kanton, der Burgergemeinde und weiteren Landbesitzern, nicht einen Konfrontationskurs fahren und uns dann öffentlich über die Partner beklagen. Das ist schlechter Stil, der nicht zum Ziel führt. Eine derart schwierige Aufgabe kann nur gelöst werden, wenn der eine oder die andere über den Schatten springt, wenn die Stadt die Katalysatorrolle übernimmt und wenn der Stadtpräsident die Stadtentwicklung zu seiner ganz persönlichen Sache macht. Es gibt Städte, die das mit Erfolg vormachen. Abschliessend: Die Fraktion GFL/EVP weist den Bericht zurück, verlangt einen neuen am Ende der Legislatur und hält an den definierten Zielen fest. Wir erwarten einen noch grösseren Einsatz, ein noch offensiveres und kreativeres Vorgehen für eine erfolgreiche Stadtentwicklung, für eine Wohnstadt Bern, es bestehen beste Voraussetzungen dazu.

Christoph Müller für die Fraktion FDP: Auch wir anerkennen die geleistete Arbeit, sind aber nicht zufrieden. Ein paar Zitate: „[Es] resultiert ein zusätzlicher Bedarf von 660 [bis] 910 zusätzlichen Wohnungen pro Jahr, damit die Wohnbevölkerung nicht weiter abnimmt.“ Dieses Zitat stammt aus dem Gemeinderatsbericht „Wohnstadt Bern 2005“ aus dem Jahr 1999. „Le-

gislaturschwerpunkt: 10'000 Wohnungen in 10 Jahren“. Das Zitat stammt auch aus dem Jahr 1999, aber nicht aus Bern, sondern aus Zürich. Dort geht es planmässig nach diesem Konzept voran. Das dritte Zitat: „Wohnungsbau: Aktivitäten erhöhen, Teilziel 1: 2000 Wohnungen bis Ende 2008.“ Das ist nicht etwa das lauwarme Ziel der Stadt Bern, sondern stammt aus unserer Motion, die dem Gemeinderat weit entgegenkommt. Dieser ist mutlos und sieht bis 2008 nur 1'600 neue Wohnungen vor. Das ist jährlich ungefähr die Hälfte dessen, was er vor 7 Jahren als nötig ansah allein zum Erhalt des Bevölkerungsstandes und 1/3 der Zielsetzungen von Zürich. Vom Gemeinderat wird uns entgegengehalten, in Zürich sei es viel einfacher als in Bern; die Investoren hier seien zu kompliziert, es gebe überall politische Widerstände, und die Ansprüche an den Wohnraum seien so stark gestiegen, dass sich die real netto entstehenden Wohnungen überhaupt nicht auswirkten. Das meiste davon ist längst bekannt, es sind Randbedingungen, die bei einem Handel einzuberechnen sind. Natürlich fressen die laufenden Anspruchserhöhungen einen wesentlichen Anteil des neu erstellten Wohnraums auf, besonders wenn die Zielsetzungen weit unterhalb der 1999 als notwendig erachteten Neubauzahlen liegen. Das Bauen in einer – im Gegensatz zu Zürich – wenig von wirtschaftlichem Denken und mehr von Versorgungsdenken geprägten Stadt ist politisch konfliktrichtiger. Es wird um jeden Grashalm gekämpft, vor der eigenen Türe will man keine Neubauten, Planungen werden mit stark umstrittenen Auflagen wie z.B. Autofreiheit überladen, die Investoren lassen sich mit der Realisierung Zeit etc. Wenn bestimmte dieser Phänomene tatsächlich bernspezifisch sind, sind es damit Gegebenheiten, mit denen zu rechnen ist. Die Herausforderungen sind nicht einfach, aber die Stadt muss sich ihnen stellen, und das bedeutet nun einmal besondere Anstrengungen:

- Bereitstellen von mehr baufähigen Zonen und Planungen – ich erinnere auch an die Motion Riedbach.
- Bereitstellen eines breit gefächerten Angebots, eines Portfolios, das für alle Investoren mit unterschiedlichen Bedürfnissen etwas bereithält, so dass sie zugreifen und innerhalb der heute geforderten kurzen Entscheidungszeiten umsetzen können.
- Aktiv werden beim Suchen von Ersatzstandorten für bestehende Nutzer auf baubereiten Zonen (wie z.B. die Firma Wyss im Schönberg), auch wenn man dies nicht als seine unmittelbare Aufgabe betrachtet.

Die FDP empfindet die Haltung des Gemeinderates als mutlos und halbherzig. Nähme er die Zielsetzungen der Motion an, könnte er wenigstens mit dem Motto „5'000 Wohnungen in 10 Jahren“ auftreten. Die Fraktion FDP kann der Motionsabschreibung nicht zustimmen.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* (SP): 2007 ist ein wichtiges Jahr, wir werden sehr viel zusammen anpacken müssen und ich bin überzeugt davon, dass wir dies auf eine konstruktive Art und Weise tun werden. Wohnungsbau ist das Gebiet, auf dem wir in den vergangenen 6 Jahren endlich vorwärts gemacht haben. Einzelne Stadträte sitzen schon länger hier, ohne dass sie den Wohnungsbau wirklich gefördert hätten, aber seit wir von der Exekutive ihn entdeckt haben, haben ihn auch die Fraktionen entdeckt. Schön, dass jetzt etwas läuft, dass jetzt der Stadtrat daherkommt und sagt, wir hätten einfach noch schneller vorwärts machen sollen. Das freut mich, weil man damit anerkennt, dass etwas geschieht. Allerdings würde ich nicht sagen, dass dies dieser Motion wegen ist, sondern weil seit ein paar Jahren klar die Meinung vorherrscht, dass Wohnungsbau oberste Priorität hat. Damit ist auch klar, dass Wohnungsbau in Bern Chefsache ist. Das habe ich vor 6 Jahren gesagt und ich sage dies auch heute. Ich habe auch immer gesagt, es brauche Zeit, bis der Wohnungsbau greifen kann, und er fängt jetzt an zu greifen. Wir sind in einem schwierigen Staat, was Rechtsmittelverfahren betrifft, es gilt gewisse Fristen zu beachten. Wir sind in einem Wohnumfeld mit hoher Qualität, was dazu führt, dass wir an Orten keinen Wohnungsbau betreiben, wo z.B. das viel gelobte Zürich baut: Areale wie das Steinfelsareal neben 4-spurigen Strassen haben wir in Bern auch. Das Areal

Ausserholligen, das seit Jahren zum Überbauen bereit steht, ist ein derartiges Areal, aber die Investoren wollen nicht kommen. In Bern hätte niemand Lust, dort den Wohnungsbau zu forcieren, weil die Wohnqualität in Bern so hoch ist, dass man das Gefühl hat, der Markt vertrage dies nicht. Wenn man meint, Stadtentwicklung sei nicht Chefsache, so kann ich dazu festhalten, dass das Büro von Frau Buchmüller, der Leiterin der Abteilung Stadtentwicklung, unmittelbar an meines anschliesst. Wir arbeiten sehr eng zusammen und haben ständige Kontakte zu Investoren, wir haben regelmässig Kontakt mit der Burgergemeinde, der grössten Landeigentümerin der Stadt, die wir dazu bewegen möchten, mehr Land für den Wohnungsbau freizugeben, aber wenn sie nicht will, so will sie nicht. Saali ist so ein Areal, die Hintere Schosshalde, wir wollten Wittigkofen an die Hand nehmen. Es liegt ja nicht an meinem Charisma oder dem einzelner Mitarbeiter, das Problem entsteht ganz simpel aus dem Mangel an bewilligungsfähigen Projekten. Die Investoren stehen Schlange für den Wohnungsbau, wir müssen nur die Areale bereitstellen. Wenn Christoph Müller hier aufzählt, was wir alles versäumt hätten, muss ich sagen, es wäre mir sehr lieb gewesen, hätten Sie sich beim Viererfeld so eingesetzt, dass es dort nicht zu einem Nein gekommen wäre, das hunderte von Wohnungen in bester Wohnlage vernichtet hat. Ich bin froh zu sehen, dass offenbar eine Umbesinnung stattgefunden hat, so dass wir darauf zählen können, dass Sie künftig bei umstrittenen Projekten die Meinung der Exekutive teilen. Wenn man hier sagt, wir gingen zu wenig auf Bund und Kanton zu, so muss ich sagen: Auch dies ist falsch. Bitte sagen Sie mir, welche Mittel wir haben. Es gibt keine. Wir können einzig im Gespräch, in den Verhandlungen mit dem Kanton versuchen, Areale zurück zu gewinnen. Ein Beispiel ist das Campus-Areal Marzili, ein anderes – das beste – ist die Steuerverwaltung, die jetzt nach Bümpliz gezogen ist, wodurch sukzessive Liegenschaften zurückkommen. Wenn Sie sagen, es sei unsinnig, bereits jetzt die Antwort zu liefern auf eine Motion, die bis 2008 läuft, dann sage ich: Diese Spielregeln haben nicht wir erfunden, aber sie verlangen, dass wir unsere Antwort abliefern, wenn die Frist abläuft. Wenn Sie uns Zeit geben, um zwei Jahre weiter zu machen... Diese Motion können wir noch 20 Jahre aufrecht erhalten, es geht ja nur darum, Rechenschaft darüber abzulegen, was wir in den letzten Jahren erreicht haben. Die Behauptung, es sei nichts passiert, ist falsch, ich möchte hier festhalten, was wir bis jetzt erreicht haben. Erstens: die Zielsetzung der Motion deckt sich zu 100% mit unserer Zielsetzung, auch mit der unserer Legislaturziele. Die überparteiliche Gruppe „Wohnen“ hat diese Ziele bereits im Juni 2004 formuliert. Wenn man den Bericht nicht abschreiben will, so muss man wenigstens anerkennen, dass er inhaltlich Substanz hat. Ich danke an dieser Stelle der Verwaltung für ihre fundierte und aufwendige Arbeit.

Was ist konkret gelaufen? Die Liste der Projekte ist sehr lang. Zur Zeit sind über 500 Wohneinheiten im Bau, kleine und grosse, ich will nur ein paar Beispiele herausgreifen: An der Brunngrasse entstehen 14 kleine Wohnungen als Hausgemeinschaft für eine Alters-Wohngemeinschaft. Im Weissenstein entstehen 183 Wohnungen, davon 66 Eigentum, im Wildermetpark gibt es Stockwerkeigentum und Mietwohnungen. Der Bornweg ist bezogen, an der Thunstrasse ist man am Bauen. Am meisten Projekte laufen im Stadtteil VI, es sind 300 Wohnungen im Bau, in Oberbottigen werden Reihenhäuschen mit Garten erstellt. Es ist also eine breite Palette von Wohnmöglichkeiten am Entstehen. Baubewilligt sind im Moment rund 200 Wohneinheiten, z.B. in Brünnen, im Wylerpark oder Sempachpark, neuestens 100 im Baumgarten. Die Stadt hat ihre Hausaufgaben gemacht. Wenn gewisse Nachbarn nicht wollen, dass eine Idylle vor ihrem Haus überbaut wird, so hat dies auch etwas mit Egoismus zu tun und rechtfertigt nicht, der Verwaltung an den Karren zu fahren. Im Baubewilligungsverfahren sind aktuell ca. 500 Wohnungen, z.B. das Acherli. Wir haben zudem längerfristige Projekte in Planung, das grösste davon ist Schönberg-Ost, mit rund 250 Wohneinheiten. Auch hier bestimmt ausschliesslich der Landeigentümer über den Baubeginn, in diesem Fall haben die Bürger jetzt grünes Licht gegeben. Wir wären froh, wenn es auch für andere Areale, die wir

schon längst eingezont haben – z.B: das Saali – so weit käme. Wir sind aber auch mit Umnutzungen befasst. Das Thema ist juristisch und vom Beweisverfahren her nicht so einfach, wie immer alle glauben, aber immerhin konnten wir von 11 Objekten, aus denen der Kanton ausgezogen ist, die Hälfte in Wohneinheiten zurückführen oder sind daran, etwa am Münsterplatz oder in der Junkerngasse, um zwei hoch attraktive Areale zu nennen. Wohnen in dieser Stadt ist Chefsache, Stadtentwicklung ist Chefsache. Die Abteilung wurde nicht umsonst direkt mir unterstellt, nicht umsonst wurde sie physisch so angeordnet, dass ein direkter Kontakt entsteht. Es ist sehr vieles im Tun in dieser Sache, es läuft sehr direkt und sehr direkt über mein Pult. Ich weiss, dass 80% des Steuereinkommens von natürlichen Personen generiert wird, es ist mir auch bewusst, dass die steuerlich höheren Einkommen eher abwandern und die steuerlich weniger attraktiven Bewohnerinnen und Bewohner die Stadt als Anziehungspunkt sehen und dass Wohnungsbau eines der Mittel für eine Verbesserung des Finanzhaushaltes ist. Wenn man von einer Sache nicht sagen kann, der Gemeinderat habe geschlafen, dann bestimmt von der Sache „Vorantreiben des Wohnungsbaus“. Hier handelt es sich um eine Erfolgsgeschichte, wir berichten Ihnen gerne in zwei Jahren wieder zu dieser Motion.

Einzelvoten

Thomas Balmer (FDP): Manchmal ist es gut, gibt es Leute, die seit 14 Jahren im Stadtrat sitzen und sich zurückerinnern können. Die Worte von Alexander Tschäppät tönen sehr gut und hätten mich sehr beeindruckt, hätte ich nicht ein gutes Gedächtnis. Die Stelle der Beauftragten für Wohnbauförderung geht zurück auf eine Motion der FDP-Fraktion. Das Viererfeld ist eine der Planungen, die durch eine doktrinaire und unsinnige Regeldichte zu einer nicht überbaubaren Parzelle geführt hätte. Der Freisinn hat mitgeholfen, dies zu verhindern, so dass man wieder neu mit der Planung beginnen kann. Weyermannshaus Ost ist natürlich völlig falsch gelaufen angesichts der SP-Vorgaben für den Wohnanteil, dito Weyermannshaus West. Weissenstein-Neumatt: Dazumal übten wir in der vorberatenden Kommission sehr viel Druck aus, damit eine liberale Überbauungsordnung entsteht. Auch das Acherli ist ein gutes Beispiel: 15 Jahre lang war es einer nicht kostendeckenden Projektvorgabe wegen einer Planungsleiche. Zum Glück konnte sich der Gemeinderat schliesslich zu einer Änderung der Vorgabe durchringen.

Alexander Tschäppät war damals noch nicht im Stadtrat, darum übergebe ich ihm hier ein Exemplar von „Wohnen in Bern – Freisinnige Wohnpolitik 1998–2005“ zum Studium.

Daniele Jenni (GPB): Es gibt bestimmte Dinge, die werden nicht wahrer durch ständiges Wiederholen. Eine dieser Behauptungen ist, das Viererfeld sei abgelehnt worden wegen der Absicht, autofrei zu bauen. Das Viererfeld wurde durch eine Mehrheit der Stimmbürgerschaft abgelehnt, weil es sich dabei um ein Konzept handelt, das Grünflächen überbaut, die wichtig sind für die Entwicklung und die Attraktivität der Stadt. Es wurde auch abgelehnt, weil es sich um einen Erholungsbereich handelt, weil es Ausdruck einer Politik ist, die um jeden Preis Wohnungen bauen will im Sinne einer unmöglichen Konkurrenz mit andern Gemeinden um so genannt gute Steuerzahler und die falsch ist, unabhängig davon, wo sie betrieben wird. Mir ist in der Antwort des Gemeinderates die Überbauung Riedbach aufgefallen. Sie ist ebenfalls ein Ergebnis dieser sonderbaren rot-hellgrün-blauen Koalition und führt dazu, dass auch dort draussen im Westen, wo dank den bisherigen Mehrheitsverhältnissen in der Stadt noch etwas Grün übrig geblieben ist, gebaut werden soll. Das Volk hat das Viererfeld nicht aus Angst vor autofreien Überbauungen abgelehnt, sondern aus Angst vor dem Verlust seiner Lebensqualität, und es wird auch andere Vorhaben ablehnen, die Teil dieser falschen Politik sind, die der Gemeinderat betreibt.

Beschlüsse

1. Der Stadtrat lehnt die Abschreibung der Motion ab (14 Ja, 55 Nein).
2. Der Antrag auf Fristverlängerung bis Ende Legislatur ist nicht bestritten und wird stillschweigend genehmigt.

10 Motion Fraktion SP/JUSO (Christof Berger, SP): Das heutige Gelände der KVA zum Wohnen und Leben

Geschäftsnummer 06.000118 / 06/297

Dass die Tage der Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) am Warmbächliweg im Holligenquartier gezählt sind, ist seit längerer Zeit bekannt. Die Anlage platzt aus allen Nähten und ist aus städteplanerischer Sicht am falschen Ort. Die Planung für einen neuen Standort beim Forsthaus ist bereits weit fortgeschritten und in der öffentlichen Auflage. Was aber mit dem bestehenden Gelände und den sich dort befindlichen Bauten passieren soll, ist hingegen erst in der internen Abklärung. Laut Stadtplanungsamt steht primär eine Wohnnutzung für das frei werdende Areal im Vordergrund. Eine erste Evaluationsstudie liegt vor.

Bei der Neugestaltung des Areals am Warmbächliweg harren allerdings etliche Fragen noch der Klärung. So gibt es denkmalpflegerische Bedenken und Auflagen. Die Planung muss daher evaluieren, ob sich diese Gebäude und Gebäudeteile für eine Umnutzung effektiv eignen. Weiter muss erst abgeklärt werden, ob das Gelände und die Bauten durch die Nutzung als Kehrichtverbrennungsanlage mit Schadstoffen kontaminiert sind oder ob die Bausubstanz wegen allfälliger Geruchsemissionen für eine Wohnnutzung verwendbar ist. Denkbar wäre selbstverständlich auch ein vollständiger Abbruch und Neubau. Während man beim Stadtplanungsamt von einer eher vernachlässigbaren Kontaminierung der Böden ausgeht, wurde der Auftrag zur Erstellung einer Studie über den diesbezüglichen Zustand der Gebäude formuliert und an Energie Wasser Bern (ewb) weitergeleitet.

Das Holligenquartier ist ein Stadtteil mit beträchtlichem Entwicklungspotenzial. Diese Entwicklung gilt es nun tatkräftig anzuschieben. Die Planung im Holligenquartier muss im Gesamtzusammenhang mit der Entwicklung im Westen Berns gesehen werden (Europa-platz/ESP Ausserholligen, Brünnen, WESTside etc.). Wir unterstützen die Bestrebungen des Stadtplanungsamts, auf dem heutigen KVA-Areal primär auf Wohn- und Lebensraumnutzung zu setzen. Wir erwarten ein Wohn-Subzentrum mit einer entsprechenden Gestaltung des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raums. Zudem muss die gegenwärtig hohe Verkehrsbelastung wieder auf ein quartierverträgliches Mass reduziert werden. Insbesondere dürfen die oben erwähnten Einschränkungen und offenen Fragen nicht dazu führen, dass vom Konzept der primären Wohnnutzung abgewichen wird. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er die Klärung der offenen Fragen zügig vorantreibt und die Planung rechtzeitig vor der Abstimmung zur neuen KVA beim Forsthaus vorlegt. Bei der Planung ist die Quartiermitwirkung QM3 einzubeziehen.

Wir fordern den Gemeinderat auf,

1. eine Überbauungsordnung unter Einbezug der Quartiermitwirkung QM3 zu erarbeiten, mittels welcher das Gelände der heutigen KVA von der Freifläche b (Zone für private Bauten und Anlagen im allgemeinen Interesse b) der Wohnzone a (neu: Wohnzone W) und der Lärmempfindlichkeitsstufe ES II zugeteilt wird
2. dem Stadtrat diese Überbauungsordnung vor der Abstimmung zur neuen KVA beim Forsthaus vorzulegen.

Bern, 4. Mai 2006

Antwort des Gemeinderats

Das Planungsziel

Der Gemeinderat hat 2004 mit der Ergänzung „Verlagerung von Infrastrukturanlagen zugunsten der Wohnstadt Bern“ zum Räumlichen Stadtentwicklungskonzept Bern 1995, das erste Ziel wie folgt formuliert: „Die Stadt Bern steigert die Lebensqualität durch die Verlagerung von Emissionen erzeugenden Anlagen aus Wohn- und Arbeitsgebieten“. Für die heutigen Standorte ist im Konzept festgehalten, dass diese vorwiegend der Wohnnutzung zugeführt werden. Als Ziel wird davon ausgegangen, dass auf dem Warmbächli-Areal 80% hochwertige Wohnungen realisiert werden können. Für das Umfeld der Wohnungen sollen Verbesserungen in der Lebensqualität erreicht werden.

Voraussetzung für die Umzonung des heutigen KVA-Areals sind die Arbeiten zur Umzonung des neuen KVA-Standorts Forsthaus West. Diese sind weit fortgeschritten (kantonale Vorprüfung, kombiniertes Verfahren). Parallel dazu wurden die Grundlagen zur Umzonung des heutigen KVA-Areals erarbeitet. Insbesondere wurden ein denkmalpflegerisches Gutachten sowie Studien zu Städtebau und Nutzung, Verkehr und Umwelt erstellt. Ausserdem wurden Gutachten bezüglich der Belastung mit Altlasten chemischer Stoffe und Geruchsemissionen sowie Studien zur Wirtschaftlichkeit in Auftrag gegeben. Da es aufgrund der Aufgabenstellung nicht möglich war, alle diese Studien parallel zu bearbeiten, steht die letzte Studie erst seit Mitte September 2006 als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung.

Der Gemeinderat wird demnächst über die Umsetzung des Konzepts in eine Planung beschliessen und in der anschliessenden Erarbeitung der Planungsvorlage den grösstmöglichen Handlungsspielraum zur Umsetzung von mindestens 80% Wohnen (z.B. mittels ZPP) anstreben.

90% Wohnanteil ist nicht realistisch

In den lärmexponierten Gebieten entlang der Bahnstrasse ist ein gewisser Anteil von Nichtwohnen notwendig. Für eine qualitativ hochwertige Wohnüberbauung sind Wohnergänzungen (Café, Fitness-Studio, Läden etc.) erforderlich. Eine Spezialität des Gebiets ist das Vorhandensein eines sehr markanten Volumens an Untergeschossen, die mindestens teilweise umgenutzt werden sollen. Ein Teil davon ist als BGF anrechenbar. Somit ist ein Wohnanteil von 90% nicht realisierbar.

Abhängigkeiten und Termine

Für die Umnutzung des KVA-Areals muss zwingend vorgängig ein positives Resultat der Volksabstimmung zur Umzonung Forsthaus West für die neue KVA und den neuen Feuerwehrstützpunkt vorliegen. Die Abstimmung Forsthaus West ist auf November 2007 terminiert. Grundsätzlich wäre es sinnvoll, die Überbauungsordnung Warmbächliweg vor der Volksabstimmung Forsthaus West dem Stadtrat vorzulegen. Aufgrund des aktuellen Planungsstands für den Warmbächliweg ist dies – bedingt durch die umfangreichen Vorarbeiten – nicht möglich. Jedoch soll im November 2007 die öffentliche Auflage zur Umnutzung des heutigen KVA-Areals aufliegen. Damit sind die voneinander abhängigen Planungsvorlagen gleichzeitig der Öffentlichkeit bekannt. Auch erhalten die Inhalte zur Planungsvorlage Umnutzung Warmbächliweg damit Vorwirkung zum heutigen Standort KVA Warmbächliweg zum Zeitpunkt der Volksabstimmung für den Standort der neuen KVA Forsthaus West.

Diese Terminprogramme für die Planungsvorlagen Warmbächliweg und Forsthaus West sind sehr optimistisch. Falls sich unumgängliche Veränderungen und Anpassungen an diese Programme nicht vermeiden lassen, müssen diese neu miteinander koordiniert werden. Bei einer Verschiebung des Abstimmungstermins für die Umzonung Forsthaus West würde dann – wenn immer möglich – versucht werden, die Überbauungsordnung Warmbächliweg vorher dem Stadtrat vorzulegen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 29. November 2006

Motionär *Christoph Berger* (SP): Die Antwort des Gemeinderates geht in die gleiche Richtung wie ich mit meiner Motion, aber er dürfte etwas ausführlicher sein. Er erwähnt, dass seit September 2006 die Resultate der Studie vorlägen, die bei Einreichen der Motion noch nicht zur Verfügung standen. Mich würden diese Resultate interessieren und ich wäre froh, wenn der Gemeinderat sich dazu noch äussern würde. Ich kann seine Argumentation nachvollziehen, wonach ein Wohnraumanteil von 90% nicht realistisch sei, immerhin spricht er in seiner Antwort von einem Anteil von 80%. Ich möchte nicht als die Person dastehen, die das Lichtspiel aus dem Areal verdrängen möchte, ganz im Gegenteil; das Holligenquartier ist ja mit kulturellen Institutionen nicht im Überfluss gesegnet, das Lichtspiel ist eine wichtige Institution, die wir nicht preisgeben möchten. Auch den Murugan-Tempel möchte ich nicht verdrängen. Mit der Motion ging es mir vor allem darum, dass auf dem heute industriell genutzten Teil des Geländes Wohnungen entstehen. Uns machten vor allem die Einwände der Denkmalpflege hellhörig. Aus denkmalschützerischen Gründen möchten wir zuallerletzt auf Wohnungen verzichten, auch die Quartierbevölkerung würde das nicht verstehen, bei allem Respekt vor den Architekten, die die Industriebauten und Kamine seinerzeit entwarfen. Es ist uns klar, dass eine Realisierung nur möglich ist, wenn die KVA auch tatsächlich vom Areal wegziehen kann und wir wissen auch, dass dazu noch eine Abstimmung nötig ist. Ich bin froh, dass uns der Gemeinderat zumindest in Aussicht stellt, dass die Planungsaufgabe gleichzeitig mit der Abstimmung zu Forsthaus West bereit sein soll, so dass man zumindest eine Ahnung davon erhält, was als Ersatz für die KVA vorgesehen ist. Aus den dargelegten Gründen bin ich bereit, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln und hoffe, dass ich von der Stadt über die Planungsarbeiten so weit als möglich auf dem Laufenden gehalten werde.

Die Motion wird **in ein Postulat umgewandelt**.

Fraktionserklärungen

Christoph Müller (FDP) für die Fraktion FDP: Die Fraktion FDP unterstützt den Vorstoss als Postulat. Die Formulierungen, die der Gemeinderat gefunden hat, sind auch in unserem Sinn und die Ausführungen des Motionärs begrüssen wir.

Gabriela Bader Rohner (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Fraktion GFL/EVP unterstützt die Stossrichtung des Vorstosses. Auch wir meinen, dass das Gelände der KVA das Potential zur Entwicklung eines interessanten Wohnumfeldes hat. Aber durch seine bisherige Nutzung ist es baulich wie auch durch Belastungen geprägt, und unter diesen Umständen ist eine Umnutzung sorgfältig zu planen. Der Gemeinderat schildert in seiner Antwort, welche Vorkehrungen bereits unternommen wurden, um gute Voraussetzungen für diese Umnutzung zu schaffen. Auch uns scheint der geforderte Wohnanteil von 90% unter den gegebenen Umständen zu hoch, 80% aber realistisch. Wir hoffen, dass der ehrgeizige Zeitplan punkto Planung und Verzahnung mit dem Projekt der neuen KVA funktioniert. Wir unterstützen den Vorstoss als Postulat.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät*: Das Projekt ist zwar interessant, aber das Fell des Bären sollte nicht verteilt werden, bevor er erlegt ist. Zuerst gilt es eine nicht ganz unproblematische Volksabstimmung betreffend Waldareal zu gewinnen, und ich habe gewisse Hemmun-

gen, jetzt schon darüber zu diskutieren, was sich aus der Verlegung alles machen lässt. Aber wenn es uns gelingt, die KVA an den neuen Standort zu bringen, wird tatsächlich ein attraktives Areal frei für eine neue Nutzung. Wir werden alles daran setzen, dort so viel Wohnen wie möglich zu realisieren. Voraussichtlich werden bahnseitig gewisse Lärmschutzmassnahmen nötig, etwa in Form eines Dienstleistungsteils, damit der Wohnteil möglichst attraktiv wird. Es wird also zu einer gewissen Durchmischung kommen, was die Attraktivität des Geländes sogar steigern könnte. Die Diskussion, ob das Ganze stehen bleibt oder nicht, läuft. Es gibt gute denkmalpflegerische Gründe für den Erhalt, es gibt ebenso gute Gründe zu sagen, wir reissen ab, weil alles psychologisch belastet ist dadurch, dass dort der Kehrriem verbrannt wurde. Es gilt auch herauszufinden, ob man gewisse Elemente stehen lassen kann, weil sie eine architektonische Bedeutung haben, ohne dass dadurch der Wohnungsbau behindert wird. Man wird in der gegebenen Situation die Denkmalpflege nicht so hoch einschätzen, dass dies am Schluss zu Lasten des Wohnungsbaus geht, sondern muss einen Weg finden, um das eine zu machen ohne das andere dadurch zu beschränken. In Abklärung ist auch, wie viel Wohnraum möglich ist bei Erstellen einer Totalüberbauung und wie viel bei Erhalt eines Teils der Gebäulichkeiten. Lässt man sie stehen, haben wir ein grösseres nutzbares Volumen, so dass unter Umständen mehr Wohnraum realisiert werden kann, weil bei einem Totalabriss gewisse Gebäulichkeiten wegen Grenz- und Gebäudeabständen nicht wieder so aufgebaut werden können wie sie jetzt sind. Ich bin froh um die Umwandlung in ein Postulat. Wir wollen den Wohnraum an diesem Ort fördern, noch wichtiger ist aber, dass alle in diesem Saal mithelfen, im Herbst die Volksabstimmung zur Verlegung der KVA durchzubringen, als Grundvoraussetzung dafür, an der Realisierung von Wohnraum im jetzigen Warmbächli weiterzudenken.

Beschluss

Die in ein Postulat umgewandelte Motion ist nicht bestritten und wird als solches stillschweigend erheblich erklärt.

11 Motion Fraktion SP/JUSO (Michael Aebersold/Stefan Jordi, SP): Mitsprache ernst nehmen – faire Rahmenbedingungen für Mitwirkungs- und Vernehmlassungsverfahren

Geschäftsnummer 06.000150 / 06/296

Bei wichtigen Geschäften konsultieren der Gemeinderat und die städtischen Behörden die politischen Parteien, Organisationen, Interessensvertreter sowie bei Planungen zusätzlich Quartierkommissionen. Für viele Planungen werden öffentliche Auflagen durchgeführt, in der Regel während eines Monats. Dieses Vorgehen garantiert eine gewisse Mitsprache der Bevölkerung.

In letzter Zeit wurden jedoch etliche Mitwirkungen sehr kurzfristig angekündigt und zum Teil während Schulferien gestartet. Dies ist problematisch, weil während Schulferien die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Milizorganisationen eingeschränkt ist, bspw. weil keine Sitzungen stattfinden. Die Stadtverwaltung scheint oft unter zeitlichem Druck zu stehen. Woher dieser kommt, ist meist unklar. Auch sind kurzfristig angesagte Mitwirkungsvorlagen für eine seriöse Erarbeitung einer Stellungnahme, gerade bei grossen und komplexen Vorlagen wie z.B. der neuen KVA, kaum dienlich. Bei zu kurzen Fristen stossen Milizgremien an Grenzen: Mitwirkungsantworten binden nämlich beträchtliche (freiwillige und unentgeltliche) Ressourcen für Aktenstudium, Rückfragen bei der Stadtverwaltung, Absprachen mit Vereinsmitgliedern, Besichtigung und schlussendlich für das Verfassen der Mitwirkungs- oder Vernehmlassungseingabe.

Wenig transparent ist oft auch das Vorgehen der Verwaltung im Vorfeld einer Mitwirkung und auch bei dessen Auswertung. Die Mitwirkenden werden in der Regel nicht informiert, wie die Stadtverwaltung im fortlaufenden Verfahren mit den Eingaben umgeht. Die Mitwirkungsverfahren müssen verbessert werden, wenn sie einen ernsthaften Einbezug der Bevölkerung bezwecken und zu demokratisch breit abgestützten Entscheiden führen sollen.

Anlass zu Kritik gibt auch das Vorgehen der städtischen Behörden mit bedeutenden Planungsvorhaben. Solche beinhalten vielfach Konfliktpotential. Organisationen sowie Betroffene haben bei solchen Vorhaben ein Bedürfnis, ihre Fragen, Bedenken oder Forderungen einzubringen. Es ist deshalb nötig, hier den Mitsprache- und Mitwirkungskreis zu erweitern, beispielsweise durch moderne Partizipationsinstrumente wie Bürgerforen oder Planungszellen.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf, Richtlinien für Mitwirkungs- und Vernehmlassungsverfahren zu erlassen und dem Stadtrat zur Kenntnis zu bringen.

Die Richtlinien sollen folgende Punkte berücksichtigen:

- Der Gemeinderat führt eine öffentlich zugängliche Jahresplanung über anstehende Mitwirkungs- und Vernehmlassungsverfahren und aktualisiert diese regelmässig;
- Die Eröffnung der Mitwirkung zu wichtigen Geschäften ist frühzeitig, d.h. mindestens zwei Monat vorher, anzukündigen.
- Für die Mitwirkungsdauer gilt ausschliesslich die Sessionszeit des Stadtrats. Findet eine Mitwirkung über die Ferien statt, wird die Frist entsprechend verlängert.
- Bei wichtigen Geschäften beträgt die Dauer mindestens zwei Monate.
- Die Auswertung der Mitwirkung zu wichtigen Geschäften ist in einem öffentlich zugänglichen Bericht zusammen zu fassen.
- Im weiteren Verfahren ist aufzuzeigen, in wie weit die Mitwirkungseingaben berücksichtigt wurden resp. aus welchen Gründen nicht darauf eingegangen wird.

Zu prüfen sind weiter:

- der Einsatz von geeigneten Partizipationsinstrumenten bei bedeutenden Geschäften (als Beispiele können das Öffentlichkeitsforum Masterplan Bahnhof Bern oder die Veranstaltungen zum Tram Bern West dienen);
- eine Verbesserung der frühzeitigen, umfassenden und verständlichen Information der Bevölkerung.

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt der Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Bern, 1. Juni 2006

Antwort des Gemeinderats

Die Motion verlangt vom Gemeinderat eine Richtlinie für Mitwirkungs- und Vernehmlassungsverfahren. Mitwirkungen und Vernehmlassungen dienen der verwaltungsinternen Vorbereitung von Geschäften zuhanden des Gemeinderats. Die Gestaltung dieser Vorbereitungsarbeiten liegt in der Zuständigkeit des Gemeinderats. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

Mitwirkungen und Vernehmlassungsverfahren bilden nach Ansicht des Gemeinderats wichtige Instrumente des frühen Einbezugs der Bevölkerung, der Parteien und der betroffenen Organisationen in Projekte von grösserer Tragweite. Es ist für ihn deshalb auch unbestritten, dass solche Verfahren in einer Art und Weise durchgeführt werden sollen, die es den zur Stellungnahme Eingeladenen möglich macht, sich tatsächlich auch einzubringen. Dies setzt voraus, dass die Projekte, zu denen Stellungnahmen erwartet werden, verständlich dargestellt und dass angemessene Zeiträume zur Mitwirkung eingeräumt werden.

Der Gemeinderat ist deshalb bereit, die heutige Praxis der durch die Stadtverwaltung durchgeführten Mitwirkungs- und Vernehmlassungsverfahren zu überprüfen und sofern nötig Anpassungen vorzunehmen. Nicht undenkbar ist, dass sich bspw. zur Gewährleistung einer gewissen Einheitlichkeit Regeln im Sinn einer Richtlinie für die Verwaltung als nützlich erweisen könnten. Allerdings dürfen solche Regeln nicht dazu führen, dass Partizipationsverfahren zu unflexiblen Instrumenten werden, die die teilweise ohnehin langen Verfahren, die zur Entscheidungsfindung der zuständigen politischen Organe führen, übermässig belasten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 29. November 2006

Michael Aebersold (SP) für die Motionäre: Es gibt ein gemeinsames Interesse daran, Mitwirkungsverfahren transparent zu machen, damit alle teilnehmen können und damit man schliesslich zu mehrheitsfähigen Entscheiden kommt. Der Gemeinderat will die Motion als Richtlinie annehmen. Zu zwei Punkten in seiner Antwort: Erstens schreibt er, Mitwirkung und Vernehmlassungen dienen der verwaltungsinternen Vorbereitung von Entscheiden. Das ist natürlich nicht alles. Die Geschäfte kommen ja anschliessend noch in den Stadtrat und vielfach auch vor das Volk, die Mitwirkung hat also eine viel breitere Bedeutung. Der zweite Punkt, die Angst davor, dass dadurch Entscheidungsprozesse verlängert werden: Wir gehen vielmehr davon aus, dass Mitwirkung gerade bei grossen, komplexen Projekten zu einer Beschleunigung führen, weil frühzeitig klar wird, was für unterschiedliche Positionen existieren. Unser Anliegen ist, eine effektive Mitwirkung zu ermöglichen, was auch bedeutet, den Stellenwert und den Umgang transparent zu machen. Wir bitten um Unterstützung der Motion.

Fraktionserklärungen

Stephan Hügli-Schaad (FDP) für die Fraktion FDP: Wir sind mit dieser Motion völlig einverstanden. Es ist Glückssache, ob man bei einer Mitwirkung rechtzeitig davon erfährt, ob man die nötige Zeit findet für die Organisationen und die Durchführung. Es ist das einzig Richtige, nach einer Verbesserung des Verfahrens zu suchen.

Rudolf Friedli (SVP) für die Fraktion SVP: Auch wir haben uns schon geärgert über kurze Vernehmlassungsfristen. Hier gehen wir einig mit Michael Aebersold. Aber er schießt mit seiner Forderung über das Ziel hinaus. Wenn der Gemeinderat alles umsetzt, was Michael Aebersold verlangt, führt dies zu Bürokratie im Quadrat. Bund und Kanton kennen derartige Regelungen, aber beide sind Gebilde, die um einiges grösser sind als die Stadt. Auf Stadtebene sind nicht neue Verordnungen oder Richtlinien gefragt, sondern es braucht gesunden Menschenverstand. Wenn ein Amtsvorsteher/eine Amtsvorsteherin oder ein Generalsekretariat nicht merkt, wenn eine Vernehmlassungsfrist für ein Milizparlament oder für weitere interessierte Kreise zu kurz ist, fehlt der nötige Instinkt. Und erst recht lässt sich dies für das zuständige Gemeinderatsmitglied sagen. Die Fraktion SVP ist der Meinung, dass die Stadtverwaltung durch diesen Vorstoss genügend wachgerüttelt wurde und dass der Gemeinderat jetzt sensibilisiert ist für das Thema. Das zeigt sich in seiner Antwort. Neue Richtlinien oder Verordnungen sind deshalb nicht nötig. Denken wir an den zusätzlichen Aufwand, den die Stadt zu leisten hätte, wenn sie zu den Mitwirkungsergebnissen jeweils einen öffentlichen Bericht verfassen und dazu noch begründen müsste, warum gewisse Vorschläge der interessierten Kreise nicht aufgegriffen werden. Das alles bringt Arbeit und kostet Geld, das wir bekanntlich nicht haben, und erst noch für einen Bericht, den schliesslich kaum jemand liest. Das ist un-

verhältnismässig. Geben Sie hier nicht den Anstoss zu noch mehr Bürokratie, lassen Sie den gesunden Menschenverstand walten, nicht zuletzt zum Wohl unserer Stadtkasse. Die SVP lehnt den Vorstoss ab.

Beschluss

Die Motion wird erheblich erklärt (55 Ja, 11 Nein).

12 Interpellation Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden, GB): Vidmar-Hallen/Stadttheater Bern: Finanzielle Nachhaltigkeit eines neuen kulturellen Agglomerationsprojekts?

Geschäftsnummer 06.000113 / 06/220

Auf die Spielzeit 2007/2008 erhält das Stadttheater Bern in den Vidmar-Hallen im Liebefeld/Köniz eine zweite Spielstätte. Damit soll der Dreipartnenbetrieb des Stadttheatres aufgewertet werden, insbesondere Schauspiel und Ballett. Im Vidmar-Areal kommt das Stadttheater zu rund 1900 Quadratmetern Fläche in einem sich entwickelnden urbanen Raum, der auch neue Publikumsschichten ansprechen soll.

Aufgrund eines günstigen Umbaus – u.a. Sponsoring der Eigentümerin Lista Holding (Übernahme der Haustechnik) – gehen die Wirtschaftlichkeitsberechnungen des Stadttheatres davon aus, dass mit rund fünf Prozent höheren Einnahmen die Mehrkosten der 2. Spielstätte aufgefangen werden.

Gemäss dem neuen Kulturkonzept des Regierungsrats vom April 2006 ist eine Teilentflechtung der Aufgaben im Kulturbereich geplant, so dass künftig für die Finanzierung und strategische Steuerung des Stadttheatres aber auch der Kunstmuseen und der Regionalbibliotheken die Region Bern, bzw. die neuen Regionalkonferenzen gemäss Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ), zuständig ist. Es stellt sich daher die Frage: Wird aus dem Stadttheater ein Agglomerationstheater?

Zudem zeigen die Erfahrungen rund um das Paul-Klee-Zentrum, dass die Kostentransparenz bezüglich Sponsoring im Zusammenhang mit der Verwendung öffentlicher Gelder von besonderer Bedeutung ist.

Der Gemeinderat wird daher um die Beantwortung folgender Frage gebeten:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die kulturpolitische Bedeutung der zweiten Spielstätte für die Stadt, bzw. die Agglomeration und den Kanton (u.a. auch bezüglich Zielpublikum/Erreichbarkeit jüngerer Publikumskreise; Verhältnis zur übrigen städtischen Tanz- und Theaterszene etc.)?
2. Welches sind die finanziellen Auswirkungen der zweiten Spielstätte (u.a. Betriebskosten)? Kann diese 2. Spielstätte (auch langfristig) im bisherigen Budgetrahmen des Stadttheatres realisiert werden?
3. Welche finanziellen Auswirkungen hätte die Aufgabenentflechtung gemäss neuem kantonaalem Kultur-Konzept bezüglich dem Stadttheater für die Stadt Bern? Und wie kann der Gemeinderat gewährleisten, dass sich die Aufgabenentflechtung und neuen Finanzierungsmechanismen nicht zu Lasten der durch die Stadt finanzierten „kleineren“ Kulturinstitutionen geht? Wie ist der finanzielle Beitrag von Standortgemeinden in der Agglomeration vorgesehen?
4. Welche Auswirkungen hat die zweite Spielstätte auf das „Mutterhaus“ in der Stadt (u.a. Spielplan, Attraktivität, Zielpublikum, Raumbedarf, Zukunft „Kornhausbühne“ etc)?

Bern, 27. April 2006

Antwort des Gemeinderats

Allgemeines

Die Theatergenossenschaft Bern hat vor dem Beschluss zugunsten einer zweiten Spielstätte in den Vidmar-Hallen die Finanzierungsträger Stadt und Kanton Bern konsultiert. Der Bedarf nach einer zweiten Spielstätte entspricht seit langem der unbestrittenen Strategie des Stadttheaters, das damit aus den heute zum Teil äusserst einschränkenden Dispositionszwängen im grossen Haus herauskommen will. Die Räumlichkeiten in den Vidmar-Hallen sind mit einer Platzzahl von rund 300 ideal bemessen. Sie liegen in einem alten Industriegelände, das in den letzten Jahren von der Eigentümerschaft mit rund 18 Millionen Franken saniert und in einen modernen Gewerbepark umgewandelt worden ist. Eine der alten Fabrikhallen mit angrenzenden Zusatzräumen konnte vom Stadttheater zu günstigen Bedingungen gemietet werden. Bei der Entscheidungsfindung in der Verwaltung der Theatergenossenschaft haben die Vertretungen von Stadt, Kanton und Gemeinden durchgesetzt, dass wegen der zweiten Spielstätte keine zusätzlichen Subventionen nötig werden dürfen. Diese Vorgabe bestimmt die Bau-, Programm- und Betriebsplanung in den Vidmar-Hallen. Daran hat sich die Theatergenossenschaft auch in ihrer Eingabe für die neue Subventionsperiode 2008 – 2011 gehalten.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat beurteilt die kulturpolitische Bedeutung der zweiten Spielstätte positiv. Ihre Lage an der Gemeindegrenze zwischen Köniz und Bern ist wichtig für das kulturelle Zusammenwachsen der Region, das mit der kantonalen Strategie für die Agglomerationen und die regionale Zusammenarbeit (SARZ) verstärkt werden soll. Der Charakter des Orts unterscheidet sich stark von der Plüsch- und Stuckatmosphäre am Kornhausplatz und senkt wohl gerade für ein junges Publikum die Schwelle. Der Ort ist mit dem öffentlichen Verkehr schon jetzt gut erschlossen; mit der Ansiedlung von rund 1 700 neuen Arbeitsplätzen von Swisscom mobile in der Nachbarschaft gegen Ende 2006 und der Realisierung der Überbauung Weissenstein/Neumatt neben dem Vidmar-Areal wird die öffentliche Verkehrserschliessung noch verbessert werden. Auf dem Vidmar-Areal stehen am Abend rund 210 Parkplätze zur Verfügung. Selbstverständlich muss der derzeit kulturell kaum eingeführte Ort bekannt gemacht werden; dies wird Zeit brauchen. Das Stadttheater ist sich dessen bewusst und daran, eine entsprechende Kampagne mit Witz und Phantasie vorzubereiten.

Zu Frage 2:

Die zweite Spielstätte wird sicher einen höheren Betriebsaufwand verursachen als die heutige Kornhausbühne. Dafür ist sie tauglich für drei Sparten, generiert deutlich mehr Einnahmen und entlastet das Hauptgebäude finanziell: Jeder Bühnenumbau am Kornhausplatz kostet rund Fr. 5 000.00; mit der zweiten Spielstätte sollen 50 bis 70 derartige Umbauten entfallen. Nach der vorliegenden Kostenschätzung wird das Projekt einschliesslich Proberaum für Tanz rund 2,3 Millionen Franken kosten. Der Finanzierungsplan der Theatergenossenschaft geht davon aus, dass diese Investition zu 2/3 durch Beiträge Dritter (Private, Gemeinde Köniz, Lotteriefonds) und zu 1/3 durch Aufnahme eines Bankdarlehens vom Stadttheater selbst finanziert wird. Die Realisierung ist im Rahmen der heutigen Subvention möglich.

Zu Frage 3:

Das Kulturkonzept der Erziehungsdirektion des Kantons Bern stellt eine Entflechtung der Zuständigkeiten der heutigen Finanzierungsträger zur Diskussion. Von drei Modellen bevorzugt wird jenes nach dem Motto: „Wer die finanzielle Hauptlast einer Institution trägt, ist für deren strategische Führung zuständig“. In der Region Bern würde der Kanton danach die Hauptlast und also die strategische Führung folgender Institutionen übernehmen: Historisches Museum; Schweiz. Alpines Museum; Schweiz. Theatersammlung; Symphonieorchester. Für die minoritär mitfinanzierten Institutionen würde der Kanton der Regionalen Kulturkonferenz Bern (RKK) oder der künftigen Region Bern-Mittelland (gemäss SARZ) ein Globalbudget in der Höhe der

Differenz zu den heute an verschiedene weitere Institutionen bezahlten Subventionen zur Verfügung stellen. Die Entflechtung wäre folglich finanziell neutral. Sie würde nicht zu Lasten der kleineren Kulturinstitutionen in der Stadt gehen. Umgesetzt werden kann eine allfällige Entflechtung frühestens auf Anfang 2012 auf der Grundlage einer vorgängigen Revision des kantonalen Kulturförderungsgesetzes. Über die genaue Regelung der finanziellen Beteiligung der Regionsgemeinden lässt sich noch nichts sagen.

Eine erste Diskussion im kulturpolitischen Lenkungsausschuss der Erziehungsdirektion hat für die Entflechtungsidee keine Mehrheit gebracht. Der neue Erziehungsdirektor wird nun mit den Finanzierungsträgern und den Institutionen Gespräche führen. Die Entflechtung ist auch Thema eines Gesprächs zwischen Gemeinderat und Regierungsrat im November 2006.

Zu Frage 4:

Die zweite Spielstätte entlastet das grosse Haus am Kornhausplatz und erweitert die Spielmöglichkeiten des Stadttheaters. Über die weitere Verwendung der Kornhausbühne ist noch nicht entschieden. Der Spielplan der ersten Saison „mit Vidmar“, 2007/2008, wird im Herbst 2006 vorliegen. Was die Theaterlandschaft Bern betrifft, hat der Gemeinderat im Rahmen der RKK durchgesetzt, dass das Stadttheater in Kooperation mit den anderen Theaterhäusern und -organisationen beauftragt wird, bis in einem Jahr ein neues Konzept für ein attraktives Angebot in Musiktheater, Schauspiel und Tanz vorzulegen, das spätestens auf die Spielzeit 2011/2012 umgesetzt werden kann. Mit diesem Auftrag verfolgt der Gemeinderat zwei Ziele: Die verschiedenen Institutionen und Organisationen im Theaterbereich auf dem Platz Bern sollen sich eng vernetzen. Und dank eines effizienteren und effektiveren Mitteleinsatzes soll das Angebot in den drei Sparten Musiktheater, Schauspiel und Tanz mit insgesamt weniger Subventionen attraktiv und qualitativ hochstehend bleiben. Dies bedingt eine neue Aufgabenteilung und Zusammenarbeit der Theaterhäuser.

Bern, 16. August 2006

- Auf Antrag der Interpellantin beschliesst der Rat Diskussion. -

Die Interpellantin *Natalie Imboden* (GB): Ich bin froh um Gewährung der Diskussion. Für die Stadt Bern ist es relevant, unter einem kulturpolitischen Aspekt, was in den Vidmar-Hallen im Liebfeld am entstehen ist, nämlich die zweite Spielstätte des Stadttheaters auf die Spielzeit 2007/08. Wie man lesen konnte, ist das Zielpublikum jünger als beim Stadttheater, wir sind gespannt darauf, was konkret geschehen wird. Als Stadtparlament muss uns die Bedeutung im aktuellen kulturpolitischen und finanziellen Kontext interessieren. Die Fraktion GB/JA! hat grundsätzlich nichts gegen die zweite Spielstätte einzuwenden, im Gegenteil. Warum trotzdem die Interpellation und die kritischen Fragen? Wir sind nicht zufrieden – und dies bezieht sich auf die gesamte Antwort des Gemeinderats – wie wir hier als Parlament über das Vorhaben informiert oder eben nicht informiert werden. Dazu 3 Punkte:

1. Finanzierung: Wir haben recht präzise Fragen gestellt zur Finanzierung dieser zweiten Spielstätte. Der Gemeinderat antwortet sehr summarisch, das Projekt habe einen Aufwand von 2.3 Mio. Franken, 2/3 davon würden über Private finanziert, ein Teil von der Gemeinde Köniz und ein Drittel über Darlehen des Stadttheaters. Diese pauschalen Zahlen sind nicht sehr vertrauenswürdig. Warum kann man uns nicht detailliertere Angaben liefern? Zudem datiert die Antwort vom August, leider hat es lange gedauert bis zu ihrer Traktandierung im Rat. Inzwischen ist einiges geschehen, und vielleicht kann der Herr Stadtpräsident hier noch eine aktuellere Einschätzung abgeben. Angesichts der Stadtfinanzen ist es beinahe schon fahrlässig, die Katze im Sack zu kaufen, gerade im Kulturbereich, wo es bekanntlich viele Anliegen gibt, die umzusetzen wären. Wir werden dem Gemeinderat den Auftrag geben, genauere Zahlen zu liefern. In der Presse vom 30.12.2006 konnte man lesen, dass das Stadt-

theater ein Defizit von Fr. 700'000.00 ausweist. Wie gleichzeitig ein derart grosser Ausbaus Schritt möglich ist, ist erklärungsbedürftig. Zudem sind private Sponsoren/Sponsorinnen, konkret die Lista Holding, eingestiegen. Das ist grundsätzlich eine erfreuliche Entwicklung, aber interessanterweise schreibt der Gemeinderat nichts dazu. Der Name war nur der Presse zu entnehmen.

2. Die Entflechtung mit dem Kanton: Vielleicht ist das Stadttheater eines Tages nicht mehr Stadttheater, sondern Agglomerations- oder Kantonstheater. Daraus ergeben sich Fragen. Der Kanton ist nicht so weit, wie er nach Planung sein sollte, aber es ist doch interessant, sich zu überlegen, was es mittelfristig bedeutet, wenn die Eigentumsverhältnisse eines Tages ändern, gewisse Engagements aber bereits eingegangen wurden.

3. Vernetzung und Zusammenarbeit: Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, es brauche eine neue Zusammenarbeit zwischen den Theaterhäusern. Damit sind wir einverstanden, die verschiedenen Institutionen müssen eine engere Zusammenarbeit finden, nicht nur zur Bündelung von Ressourcen, sondern auch um aus den finanziellen Mitteln, die wir zur Verfügung stellen können, das Optimum zu machen. Auch dazu ist leider in der Antwort wenig Konkretes zu lesen. Es steht zwar, alle wollten mehr zusammenarbeiten, wie das stattfinden soll, wird leider nicht ersichtlich.

Wir sind enttäuscht darüber, dass man uns hier nicht klarer Auskunft geben kann und appellieren an den Gemeinderat, präziser zu sein. Ist der Ausbau langfristig machbar, ohne dass die Stadtkasse zu weiteren Zahlungen aufgefordert wird? Das sollte garantiert sein.

Die Interpellantin ist mit der Antwort **nicht** zufrieden.

Stadtpräsident *Alexander Tschäppät* Das Stadttheater ist eine der fünf Kulturinstitutionen im Rahmen der RKK-Verträge, die sehr detailliert ausgehandelt werden und in denen sehr genaue Leistungsvorgaben formuliert sind. Es bestehen Steuerungsvorgaben und entsprechende Budgets und es werden sehr detaillierte Controllingberichte abgegeben und Controllinggespräche geführt. Es ist nicht Aufgabe der politischen Behörde, sich in die Angelegenheiten des Stadttheaters einzumischen, solange die Vorgaben und die Leistungsvereinbarung eingehalten werden und solange der vertraglich abgesicherte finanzielle Rahmen respektiert wird. Es ist den Verantwortlichen des Stadttheaters selbstverständlich bewusst, dass der Betrieb der Vidmar-Hallen wegen nicht teurer werden darf, sie wissen auch, dass auf 2011 einige Arbeiten anstehen, um kostenmässig Veränderungen zu erwirken. Es ist also selbstverständlich, dass es in keiner Form dazu kommen wird, dass die Stadt nachzahlt. Ich bin erstaunt, dass gerade diese Seite des politischen Lagers von der politischen Behörde eine Einmischung in das Operative erwartet. Wenn das Stadttheater das Gefühl hat, Umbauten im grossen Haus seien zu teuer, sollte es doch frei sein zu entscheiden, ob die zweite Spielstätte im Kornhaus oder in den Vidmar-Hallen sein soll. Ob der Entscheid geschickt ist, ob das Publikum nach Köniz geht, das weiss ich nicht, aber das werden wir sehen. Und wir werden es auch kontrollieren, weil wir ja Steuerungsvorgaben überprüfen können. Auch der Stadtrat wird die RKK-Verträge vorgelegt erhalten und er wird beurteilen können, ob der Leistungsvertrag mit dem Stadttheater richtig und angemessen ist, ob die finanziellen Konsequenzen so tragbar und zu verantworten sind. Und am Schluss wird auch noch der Souverän sagen, wie das Ganze laufen soll. Es kann nicht Sache der Politik sein, sich dort einzumischen, wo kein Handlungsbedarf besteht. Handlungsbedarf ist gegeben im Moment, wo Verträge nicht mehr eingehalten werden, wo Steuerungs- und Budgetvorgaben nicht eingehalten werden. Wenn wir anfangen, uns politisch in das Inhaltliche und Operative einzumischen, begeben wir uns auf einen gefährlichen Pfad, mit dem ich nicht einverstanden bin, dass er beschritten wird. Was die Frage der Entflechtung betrifft, kann ich sagen: Die Stadt Bern hat, was Kulturpolitik betrifft, auch mit Ihrer Mithilfe einiges erarbeitet. Wir haben ein Konzept und wir haben Vorstellungen, wohin der Weg führen soll. Hier ist der Kanton ganz klar im Verzug. Allerdings ist

er jetzt daran nachzuholen, was wir seit langem möchten, nämlich ein Kulturförderungsgesetz, das klar sagt, welche Institutionen eher lokal und regional sind und welche eher kantonale oder sogar nationale. Entsprechend dieser Logik werden sich die Entflechtungen vornehmen lassen. Aber man wird auf die finanziellen Konsequenzen achten müssen. Die Stadt stellt sich für die Zukunft eine Verteilung der kulturellen Kosten vor, die sie entlastet, während die Region und die Kanton sich stärker beteiligen, weil man aus den Zuschauerermittlungen weiss, dass sehr viele der kulturellen Institutionen vor allem aus der Region und aus dem Kanton besucht werden, während der Grossteil der Kosten nach wie vor von den Stadtbernerinnen und -bernern erbracht wird. Ich kann Ihnen versichern, dass wir sehr genau darauf achten werden, wie es mit den Vidmar-Hallen läuft und ob sich das Stadttheater an die Vorgaben hält. Dies nicht zuletzt, weil man ja aus der Gemeinde Bern hinausgeht. Bis jetzt wurden die 39% Kulturbeitrag im RKK immer damit begründet, dass Bern Standortgemeinde sei.

Fraktionserklärungen

Ruedi Keller (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion ist erfreut, dass westlich des Bahnhofs Bern eine neue Kulturstätte entsteht, die schon recht viel bewirkt hat, bereits interessieren sich weitere Kultur-Anbieter für das Vidmar-Areal. Wir sind auch erfreut darüber, dass das Stadttheater einen Weg eingeschlagen hat, um junges und nicht-theatergewohntes Publikum anzusprechen. Die Stadt Bern hat ein Manko an Jugendtheater und an Angeboten für Jugendliche im Theaterbereich. Nach meinen Informationen ist man im Fahrplan, was die Finanzierung betrifft. Einzig der Entscheid des Lotteriefonds betreffend Mitfinanzierung ist noch ausstehend. Ich weiss von meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit her, dass das Stadttheater die ganze Anlage mit dem gleichen Personal betreiben will, mit dem es die jetzigen Spielstätten betreibt. Die einzigen, die ein wenig Angst haben, sind die Leute vom Schnürboden, weil es in den Vidmar-Hallen keinen Schnürboden gibt, sondern nur eine einfachere Anlage, die nicht so viel Personal benötigt. Eventuell führt der Umbau also mit der Zeit sogar zu einer Verringerung des Personalbestandes. Wenn die Vidmar-Hallen gut beworben werden, wenn es auch gastronomisch ein interessantes Angebot gibt – was anscheinend in Planung ist – könnte dies eine ähnliche Erfolgsgeschichte werden wie der Schiffbau in Zürich. Wir hoffen, dass daraus ein kultureller Schwerpunkt ausserhalb des engeren Stadtrahmens entsteht.

Dolores Dana (FDP) für die Fraktion FDP: Unsere Fraktion teilt die Befürchtungen der Fraktion GB/JA! Die kulturpolitische Bedeutung der neuen Spielstätte wird nicht in Abrede gestellt, es ist gut, dass die Agglomeration in das kulturpolitische Leben eingebunden wird und es ist zu hoffen, dass auch das Publikum folgt. Was die finanziellen Auswirkungen angeht, teilt die Fraktion FDP die optimistische Einschätzung dieser Theatergenossenschaft nicht. Es wäre schön, wenn sie zuträfe, aber der Glaube fehlt uns auf Grund vergangener Erfahrungen. Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen des Stadttheaters entsprachen bisher selten der Realität. Es ist gut, dass auch die Stadt sagt, dass eine zweite Spielstätte keine zusätzlichen Subventionen erhalten darf. Aber seien wir ehrlich: Wenn die Löhne und die AHV nicht mehr bezahlt werden können, wird die Stadt Bern einspringen müssen. Das kantonale Kulturkonzept ist eine Leidensgeschichte ohnegleichen und es wird immer wieder auf die lange Bank geschoben. Es darf vor allem nicht so sein, dass wir Gelder im Hinblick auf eine mögliche Abgeltung durch den Kanton sprechen. Der Kanton ist in diesem Bereich unberechenbar. Was die weitere Verwendung der Kornhausbühne angeht, so sollten die Zuständigen Gremien möglichst rasch zu einer Entscheidung kommen. Es darf nicht zu einer Salamtaktik kommen, wie dies bis anhin der Fall war, indem man die Stätte behält, sie unter dem Deckmantel z.B. eines Übungsraums weiter benützt und weitere Kosten generiert. Wir bitten den Gemeinderat darum, den nötigen Druck auszuüben.

Verena Furrer-Lehmann für die Fraktion GFL/EVP: Wir haben uns in der interfraktionellen Kulturgruppe in einem frühen Zeitpunkt informieren lassen, wir haben alle die Vidmar-Hallen besichtigt, wir haben Henri Huber mit Fragen bestürmt. Wir waren fasziniert vom Ort und vom kulturpolitischen Potenzial, so dass wir durchaus finden, man solle es wagen und etwas investieren, man solle auch Hoffnungen haben, aber wir sahen natürlich auch, dass die Rechnung nicht ganz aufgehen dürfte. Aber das liegt nicht in unserer Verantwortung. Wir teilen durchaus die kritischen Voten von Natalie Imboden, aber Alexander Tschäppät hat mir sehr aus dem Herzen gesprochen: Wir haben ein System von Verträgen, die klare finanzielle Vorgaben machen und die Leistungen definieren. Das sollen die Spielstätten untereinander ausmachen, sie sollen ihr Budget einhalten, und die Gemeinde Köniz muss halt allenfalls eine Mitverantwortung übernehmen. Wer nichts wagt, gewinnt nicht. Lassen wir die Sache jetzt laufen, wir haben alle Mittel um bei Bedarf einzugreifen, sei es anhand des ersten Controllingberichts, sei es anlässlich der Erneuerung der Leistungsverträge. Wir werden dort hart sein.

Einzelvotum

Ruedi Keller (SP): Der Verwaltungsrat hat im Dezember entschieden, dass die Kornhaus-Bühne nicht weiter betrieben wird.

13 Motion Oskar Balsiger (SP) vom 03.06.1999: Veloverbindung Breitenrain-Ittigen (Umfahrung Wankdorfplatz); Fristverlängerung Punkt b/Abschreibung Punkt c

Geschäftsnummer 99.000294 / 06/253

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Oskar Balsiger (SP) vom 3. Juni 1999: Veloverbindung Breitenrain – Ittigen (Umfahrung Wankdorfplatz); Fristverlängerung Punkt b / Abschreibung Punkt c.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung von Punkt b der Motion um zwei Jahre, d.h. bis zum 1. Juni 2008, zu.
3. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt c der Motion abzuschreiben.

Bern, 20. September 2006

Beschlüsse

1. Der Antrag des Gemeinderats auf Fristverlängerung Punkt b ist nicht bestritten und wird stillschweigend genehmigt.
2. Die Abschreibung von Punkt c ist nicht bestritten und wird stillschweigend genehmigt.

- Es wurden alle Traktanden zu Ende beraten. -

Eingänge

Es werden eine Dringliche Interpellation, zwei Motionen, drei Postulate, vier Interpellationen und eine Kleine Anfrage eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet. Zudem wird eine Parlamentarische Initiative gemäss Art. 61 GO und Art. 67 GRSR eingereicht.

Dringliche Interpellation Beat Schori (SVP): Eishockey-WM 2009

Die Eishockey-WM findet im 2009 in der Schweiz statt und der Eishockeyverband ist bereit, die Spiele nach Bern und Zürich zu vergeben. Den Medien konnte man entnehmen, dass die Frist für die Vergabe bis Ende Februar verlängert wurde. Damit Bern als Austragungsort überhaupt in Frage kommt, muss ein Stadion bereit stehen, welches die internationalen Bedingungen erfüllt. Die „Bern Arena“ in der heutigen Form entspricht diesen Forderungen nicht. Demnach müssen bauliche Veränderungen vorgenommen werden oder ein neues Stadion realisiert werden. Politisch ist ein Neubau mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht realisierbar. Eine Totalrenovation scheint jedoch problemlos realisierbar. Ebenfalls konnte den Medien entnommen werden, dass eine rechtskräftige Baubewilligung für die Renovation vorliegt. Demnach könnte grundsätzlich mit den Arbeiten begonnen werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Gibt es bereits Investoren? Wenn Ja, wie viele?
2. Ist der SCB ein möglicher Investor? Wenn Ja, zu welchen Bedingungen?
3. Bestehen bereits Vorverträge? Wenn Ja, mit welchen Partnern?
4. Stimmt es, dass der Stadtpräsident mit einem GU ein Vertrag unterzeichnet hat, ohne den Gemeinderat im Vorfeld orientiert zu haben?

Begründung der Dringlichkeit:

Die Zeit drängt, denn die Frist für die Vergabe der Spielorte wurde nur bis Ende Februar verlängert.

Bern, 11. Januar 2007

Dringliche Interpellation Beat Schori (SVP), Ueli Jaisli, Stefan Bärtschi, Rudolf Friedli, Manfred Blaser, Simon Glauser

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Motion Umsetzungskommission NSB (Liselotte Lüscher, SP/Ueli Haudenschild, FDP): Fakultative statt obligatorische Volksabstimmung über das Produktegruppen-Budget

Die Umsetzungskommission NSB hat sich im Rahmen ihres Auftrags den Umsetzungsprozess NSB zu begleiten jedes Jahr neu mit den ausserordentlich engen Terminen bei der Behandlung von Jahresbericht und Produktegruppen-Budget beschäftigt. Die Terminprobleme betreffen sowohl die Verwaltung bzw. den Gemeinderat als auch den Stadtrat mit seinen Kommissionen. Kleinere Verbesserungen, zu denen der Gemeinderat bereit war, konnten erzielt werden, die Situation in den Sommermonaten bleibt aber nach wie vor für beide Seiten unbefriedigend. Eine Verbesserung erscheint nur dann möglich, wenn die Budgetabstimmung durch das Volk nicht mehr in jedem Fall obligatorisch ist.

Mit Ausnahme von Bern und Biel kennt keine andere grössere Schweizer Stadt eine obligatorische Volksabstimmung zum Budget, das zeigte eine Umfrage bei zwölf grösseren Schweizer

Städten. In einzelnen Städten (u.a. Zürich und Winterthur) entscheidet die Legislative sogar abschliessend über das Budget, in anderen wie Thun und Luzern untersteht dieses dem fakultativen Referendum und die obligatorische Volksabstimmung ist nur noch bei Steuerfussänderungen nötig.

Die obligatorische Volksabstimmung führt dazu, dass das Budget bereits im Frühling vorliegen muss, wenn die Rechnungsergebnisse des Vorjahres noch nicht definitiv ausgewertet sind. Eine seriöse Budgetierung wird damit massiv erschwert. Mit der Einführung von NSB ist die Budgetierung zwar transparenter und informativer, aber für Gemeinderat wie Stadtrat sehr viel aufwendiger geworden. Ende Juni, kurz vor den Sommerferien, geht das Budget an den Stadtrat, anschliessend, zum Teil während den Sommerferien, erfolgen die Delegationsbesuche und ab Mitte August die Kommissionsberatungen. Dies alles geschieht unter einem enormen Termindruck, denn bereits Mitte September muss das Budget vom Stadtrat verabschiedet werden, damit es im November den Stimmberechtigten vorgelegt werden kann. Mit dem Wegfall der obligatorischen Volksabstimmung im November würden sowohl Gemeinderat als auch Stadtrat über zwei Monate mehr Zeit für die Erarbeitung und Beratung des Budgets verfügen.

Die Kommission erachtet es aber nach wie vor als wichtig, dass die Stimmberechtigten sich zum Budget äussern können, falls beispielsweise eine Steuerfusserhöhung ansteht oder ein Defizit budgetiert ist. Dieses Recht bleibt aber mit der fakultativen Referendumsabstimmung weiterhin bestehen. So weit wie z.B. Zürich und Winterthur, wo die Legislative abschliessend entscheidet, möchte man nicht gehen; eine Radikallösung wird abgelehnt.

Die Umsetzungskommission NSB fordert den Gemeinderat auf, eine Teilrevision der Gemeindeordnung (Art. 36 Bst. g, GO) vorzulegen, welche unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. keine Änderung der Steueranlage; ein budgetiertes Defizit, das nicht durch Eigenkapital gedeckt ist) die fakultative anstelle der obligatorischen Volksabstimmung zum Budget vorsieht.

Bern, 11. Januar 2007

Motion Umsetzungskommission NSB (Liselotte Lüscher, SP/Ueli Haudenschild, FDP), Barbara Streit-Stettler, Verena Furrer-Lehmann, Andreas Flückiger, Markus Kiener, Corinne Mathieu

Motion Ernst Stauffer (ARP): Beschaffung von Bio-Ethanol E 85-Fahrzeugen für die Stadt Bern

Die ARP hat sich seinerzeit für die Beschaffung von gasgetriebenen Fahrzeugen eingesetzt. Jetzt gibt es aber noch etwas besseres. Neu auf dem Markt ist ein mit Bio-Ethanol E 85 betriebenes Fahrzeug (PW). Bio-Ethanol E 85 besteht aus 85% Alkohol der aus Biomasse gewonnen wird, (z.B. Holzabfälle, Getreide, Zuckerrüben usw.). Diese nachwachsenden Rohstoffe schonen unsere fossilen Ressourcen. Bio-Ethanol E 85 ist ein Treibstoff, der zur Reduktion von Treibstoffgasen beiträgt. Die CO₂ Bilanz im Ethanolbetrieb ist bis zu 80% unter dem CO₂ Emissionen im Benzinbetrieb. Der Preis von Bio-Ethanol E 85 liegt zurzeit mehr als 20% unter dem Literpreis von Benzin bleifrei 95.

Bio-Ethanol E 85 Fahrzeuge haben Zukunft. In Schweden sind bereits 22'000 solche Fahrzeuge immatrikuliert. Auch in der Schweiz sind Bio-Ethanol E 85 Tankstellen im Betrieb und zahlreiche sind geplant (Agrola, AVIA, Migrol, Coop).

Die mit Bio-Ethanol E 85 betriebenen Fahrzeuge sind nicht nur gut für die Umwelt, sondern auch finanziell eine attraktive Alternative.

Ich bin überzeugt, mit der Beschaffung solcher Fahrzeuge kann für die Schonung der Umwelt mehr erreicht werden als mit autofreien Tagen oder Strassensperren und Verkehrsschikanen. Aus diesem Grund wird der Gemeinderat beauftragt:

1. Für die Stadt Bern nur noch VW zu beschaffen, die mit Bio-Ethanol E 85-betrieben werden können.
2. Das Feststellen von Bio-Ethanol E 85 Tankstellen in der Stadt Bern zu veranlassen oder zu fördern.
3. Den Kanton Bern aufzufordern, ebenfalls auf Bio-Ethanol E 85 betriebene Fahrzeuge umzusteigen.
4. Die Einwohner der Stadt Bern zu animieren, künftig neu solche Fahrzeuge zu beschaffen.

Bern, 11. Januar 2007

Motion Ernst Stauffer (ARP)

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti, SP): Wohnumfeldverbesserungsmassnahmen beim Muesmattschulhaus: Was lange währt, soll endlich zu einem guten Ende gebracht werden!

Der Pausenplatz mit angrenzendem Spielplatz auf dem Areal der Muesmattschule ist der einzige frei zugängliche Spielraum westlich der Länggassstrasse. Er entspricht einem riesigen Bedürfnis. Der Pausenplatz wird rege genutzt zum Fussballspielen (ein Rasenplatz als Alternative steht weit und breit nicht zur Verfügung), für die ersten Fahrversuche auf dem Trotti, Velo oder auf den Rollerblades und für viele weitere Spiele. Bei kleineren Kindern und ihren Eltern ist der daneben liegende Spielplatz mit Klettergerüst, Schaukel und Sandkasten sehr beliebt. Der Ort ist ein wichtiger Begegnungsraum für Familien und wird auch von den Kindertagesstätten der Umgebung oft genutzt.

Stadtbehörde, Quartierorganisationen und Anwohnende sind sich darin einig, dass der Spielraum Muesmatt ein wichtiger Ort mit viel Potenzial ist, der dringend saniert und aufgewertet werden soll. Seit Jahren sind entsprechende Bemühungen im Gange. Im Rahmen von WUV I wurden Pläne zur Umgestaltung des Areals erarbeitet und Gelder reserviert. Auch in WUV II wurde das Projekt erneut aufgenommen. Es wurde aber nie realisiert, da der Kanton als Eigentümer des Grundstücks wegen strittiger Fragen rund um die Parkplatzerersatzabgabe sein Einverständnis dazu nicht gab. Da zwischen Kanton und Stadt seit Jahren keine Einigung zustande kommt, ist das Projekt auf Eis gelegt und die Kinder des Muesmattquartiers warten und hoffen bis heute vergeblich auf Verbesserungen. Und das obwohl dringender Bedarf besteht: Der Asphaltboden ist brüchig und uneben und müsste durch einen geeigneteren Belag ersetzt werden, die Spielgeräte sind alt, es braucht mehr Sitzgelegenheiten und Beschattung. In letzter Zeit wurde es für die Kinder räumlich noch enger, da sich immer mehr Studierende der nahen Uni auf dem Gelände aufhalten. Eine Umgestaltung könnte auch diesbezüglich Klärung und Verbesserung bringen.

Die unbefriedigende Situation beschäftigt seit mehreren Jahren Anwohnende, Quartierkommission, Elternrat, Kirchgemeinde und weitere Quartierorganisationen. Neben diversen Anfragen und Appellen hat sich 2004 auch eine Gruppe von Kindern mit einem Brief an die Stadt gewandt. Das Anliegen ist deshalb so gross, weil es in der näheren Umgebung keine anderen sicheren Freiflächen zum Spielen gibt.

Wir bitten den Gemeinderat, folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Erarbeitung einer Kreditvorlage für die Wohnumfeldverbesserungsmassnahmen auf dem Areal der Muesmattschule.
2. Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Kanton mit dem Ziel, eine definitive Lösung zu finden bzw. die Einwilligung zu den Wohnumfeldverbesserungsmassnahmen zu erwirken.

Bern, 11. Januar 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti, SP), Gisela Vollmer, Beni Hirt, Sarah Kämpf, Andreas Flückiger, Raymond Anliker, Miriam Schwarz, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Margrith Beyeler-Graf, Patrizia Mordini, Michael Aebersold, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Andreas Zysset, Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Göttin, Corinne Mathieu

Postulat Lydia Riesen/Dieter Beyeler (SD): Handy-Verbot an Berner Schulen

In letzter Zeit gibt es auch an unseren Schulen immer wieder negative Vorfälle rund ums Handy. Diese stören zunehmend den Unterricht und gar die Schulpausen. Bisher haben die Berner Schulen keine einheitliche Regelung betreffend Handy-Gebrauch. Um weiteren Missbräuchen zuvorzukommen, ist die Benutzung der Handys an unseren Berner Schulen grundsätzlich zu verbieten. Da es in jedem Schulhaus mindestens einen, meisten jedoch mehrere Festanschlüsse gibt, sind die Schule und die Schüler in jedem Notfall jederzeit erreichbar. Als positiven Effekt dieses Verbots erhoffen wir uns auch, dass die Schüler wieder vermehrt miteinander in normaler Umgangssprache reden lernen.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, damit an unseren Berner Schulen (in Schulhäusern und auf den Schulplätzen) für Schülerinnen und Schüler der Gebrauch des Handys verboten wird. Es sei zudem eine Missbrauch-Sanktions-Regelung, bzw. eine Disziplinarordnung auszuarbeiten.

Bern, 11. Januar 2007

Postulat Lydia Riesen/Dieter Beyeler (SD), Ernst Stauffer

Postulat GFL/EVP (Nadia Omar, GFL): Zur Übersetzung des Abfallkalenders

Unsere schöne Stadt sauber zu halten liegt uns allen am Herzen. Mülldeponien neben Glascontainern, überfüllte Abfalleimer im öffentlichen Raum und Abfall am Strassenrand stören nicht nur uns, sondern vermitteln auch Besuchern der Stadt Bern kein gutes Bild.

Die ordentliche Abfallentsorgung wird aber auch von Jahr zu Jahr komplizierter. Als erstes muss die korrekte Trennung der Abfälle beherrscht werden, dann muss man wissen, welche Abfälle von der Kehrriechtabfuhr abgeholt werden und wo man nun neu die Kehrriechtsäcke, die die Gebühren schon enthalten kaufen muss. Von all den Abfällen die nicht regelmässig vor der Haustüre abgeholt werden, muss man wissen, wohin man was bringen kann, wo die Kehrriechtsammelstellen sind usw. All diese Informationen helfen den Bewohnern unserer Stadt mit dem Abfall, dessen Menge von Jahr zu Jahr zunimmt, zurechtzukommen. Nun ist es aber so, dass eben diese wichtigen Informationen nicht allen Leuten so einfach zugänglich sind, und das aus dem einfachen Grund, dass diese Bewohner nicht genügend Deutsch beherrschen um den Abfallkalender auf Deutsch zu verstehen. Als Randbemerkung könnte noch angefügt werden, dass der Abfallkalender auch für Leute, die des Deutschen kundig sind, nicht auf den ersten Blick verständlich ist, und man ihn darum meist von Anfang bis Ende durchlesen muss. Der Abfallkalender wird heute ins Englische, ins Französische, ins Italienische, ins Spanische, ins Portugiesische, ins Serbische und ins Türkische übersetzt. Der Hinweis auf diese Übersetzungen findet sich auf der Titelseite des Abfallkalenders. Die Betroffenen müssen so viel Deutsch beherrschen, dass sie den darüber stehenden Satz verstehen, der besagt, dass sie einfach anrufen können um ein Exemplar in einer dieser Sprachen zu verlangen, wobei nirgends mitgeteilt wird, ob dieser Versand kostenpflichtig ist, oder nicht. Bei einem so wichtigen Anliegen, wie der Sauberhaltung unserer Stadt, wird dadurch eine hohe Hürde eingebaut.

Auch die Internetadresse, die sich unterhalb der Telefonnummer befindet, ist nur bedingt hilfreich. Auf diesem Link sind die Übersetzungen auch abrufbar, nur können wir auch heute

noch nicht einfach davon ausgehen, dass in jedem Haushalt ein Internetzugang zu finden ist. Weiter ist allgemein bekannt, dass die beiden bevölkerungsstärksten Immigrantengruppen der Stadt Bern albanisch und tamilisch sprechen. Auch die Anzahl der Einsätze von interkulturellen ÜbersetzerInnen in Schulen oder Spitälern bestätigen diese Tatsache. Bei den Übersetzungen vom Abfallkalender fehlen aber eben diese beiden Sprachen. Es ist uns nicht erklärlich, dass die beiden bekanntlich grössten Fremdsprachegruppen bisher nicht auch berücksichtigt wurden. Wenn wir uns am BIZ (Berufs-Informations-Zentrum) ein Beispiel nehmen wollen, dort findet man die Informationsmappen in allen nur erdenklichen Sprachen.

Aus diesen Gründen fordern wir den Gemeinderat auf zu überprüfen:

1. ob der Abfallkalender auch ins Albanische und ins Tamilische übersetzt werden kann?
2. ob es möglich ist, auf dem Abfallkalender klar und gross zu deklarieren, dass das Bestellen von Abfallkalendern gratis ist?
3. ob, der Hinweis auf die anderen erhältlichen Sprachen mit: „version frangaise“, „english version“ etc. gekennzeichnet werden kann?

Bern, 11. Januar 2007

Postulat Fraktion GFL/EVP (Nadia Omar, GFL), Rania Bahnan Buechi, Anna Magdalena Linder, Verena Furrer-Lehmann, Barbara Streit-Stettler, Martin Trachsel, Ueli Stückelberger, Conradin Conzetti, Gabriela Bader, Erik Mozsa, Susanne Elsener

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP): Alkohol-Bezugsstelle Bahnhof Bern: Was unternimmt der Gemeinderat?

Durch die Schaffung des „La Gare“ (Volksmund: Alki-Stübli) konnte der Gemeinderat die Alki-Szene rund um „den Stein“ am Bahnhof für Abhängige und Bahnreisende etwas entschärfen. Neben der ursprünglichen Alki-Szene gibt es aber am Bahnhof wegen der längeren Öffnungszeiten der Geschäfte einen regelrechten Alkoholumschlagplatz, der vor allem von suchtgefährdeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen äusserst stark frequentiert wird.

Besonders im Coop in der Neuengass-Unterführung werden abends und an Wochenenden grosse Mengen alkoholischer Getränke verkauft. Gerade Jugendliche versorgen sich dort zu Tiefpreisen oft masslos mit der legalen Droge. Der Laden mit seinem Umfeld macht zu diesen Zeiten den Eindruck einer schmutzigen Abgabestelle für Billig-Alkohol. Obschon private Sicherheitskräfte die teilweise aggressive Szene überwachen fühlen sich Personen, die den direktesten Weg vom Zug in die Innenstadt wählen, in der Umgebung des Ladens unsicher. Zudem wirkt sich die Möglichkeit, bis Mitternacht im Bahnhof unbeschränkt Billig-Alkohol beschaffen zu können, auf die allgemeine Sicherheit in der Stadt ungünstig aus. Alkohol steigert bekanntlich die Aggressivität und laut Stadtpolizei wird der grösste Teil der Gewalttaten spät abends, von alkoholisierten jungen Männern verübt. Nach 19.00 Uhr sollte darum auf den Billig-Alkoholverkauf am Bahnhof verzichtet werden.

Neben dem Coop (Fr/Sa bis 23.00 Uhr) verkaufen auf dem Stadtteil des Bahnhofs auch der Lebensmittelladen „avec“ (bis 22.00 Uhr) und auf dem SBB-Teil „drinks of the world“ (Fr/Sa bis 22.00 Uhr) und das Aperto24 (täglich bis 24.00 Uhr) spät abends Alkohol.

Die SP/JUSO-Fraktion bittet den Gemeinderat gerade im Hinblick auf den Bahnhof-Neubau um Auskunft darüber, wie er den Billig-Alkoholverkauf im Bahnhof mit geeigneten Auflagen einschränken will.

Bern, 11. Januar 2007

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Beat Zobrist, SP), Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Göttin, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Andreas Zysset,

Margrith Beyeler-Graf, Andreas Flückiger, Raymond Anliker, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Ursula Marti, Gisela Vollmer, Sarah Kämpf, Beni Hirt, Michael Aebersold

Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP): Strassenmusiker müssen in Genf künftig den Behörden vorspielen, wieso nicht auch in Bern?

Wie die Tageszeitung 20 Minuten heute berichtet, müssen Musiker, welche in der Stadt Genf als Strassenmusiker auftreten wollen, ab Ende Januar ihr Können zuerst bei den Behörden unter Beweis stellen. Damit sollen zukünftig mögliche Missbräuche verhindert werden.

Vor allem aber sollten so richtige Musiker von jenen unterschieden werden, die mit einem Instrument in der Hand nur bettelten, sagte Antonio Pizzoferrato von der Genfer Polizei gegenüber Radio Lac. Das Vorspielen ist nicht neu, wurde aber vor sechs Jahren wieder aufgegeben.

Gleichzeitig will man mit dieser Kontrolle auch illegal in der Schweiz befindliche Personen erfassen. Sind die Musiker registriert und identifiziert, erhalten sie eine Bewilligung. Diese ist zwischen acht Tagen und drei Monaten gültig.

Aus der oben aufgezeigten Handhabung der Stadt Genf ergeben sich folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Was hält der Gemeinderat von diesem Vorgehen der Stadt Genf?
2. Wäre er bereit dieses Vorgehen auch in Bern einzuführen?
3. Wenn Ja, gleich wie die Behörden in Genf?
4. Wenn Nein, warum nicht?
5. Wie würde es der Gemeinderat mit der Dauer der Bewilligungen handhaben?

Bern, 11. Januar 2007

Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP), Stefan Bärtschi, Beat Schori, Simon Glauser, Rudolf Friedli, Manfred Blaser, Ueli Jaisli, Erich J. Hess, Thomas Weil

Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Anne Wegmüller, JA!): Schillernder Begriff: Balkantyp

In der Medienmitteilung der Stadtpolizei Nr. 514 vom 17.12.06, unterschrieben von Polizeikommando sg, wird ein Zeugenaufruf gemacht und nach drei Personen gesucht, die als „Balkantyp“ angegeben werden. Gemäss der Mitteilung hätten die drei akzentfrei Berndeutsch sprechenden Täter einen Jugendlichen mit dem Messer bedroht, ausgeraubt und mehrmals mit der Faust auf Gesicht und Körper geschlagen. Dieses Gewaltereignis ist für den betroffenen Jugendlichen schlimm und es ist wichtig, dass die Polizei die Täter findet – da besteht kein Zweifel. Wo allerdings ein schales Gefühl aufkommt, ist beim schillernden Begriff des Balkantyps.

Die Meldung des Polizeikommandos wurde von der Berner Zeitung vom 18.12.06 aufgenommen. Der Begriff „Balkantyp“ ist hier in Anführungs- und Schlusszeichen. Die gleiche Meldung hat auch Der Bund aufgenommen, doch hier hat die Redaktion aus welchen Gründen auch immer darauf verzichtet, den Begriff zu brauchen – richtigerweise, muss man sagen, denn was sagt dieser Begriff schon aus, bzw. was bewirkt er bei den Leserinnen und Lesern?

Vergeblich habe ich sowohl im Lexikon als auch im Internet nach einer Definition von „Balkantyp“ gesucht. Es gibt ihn also in dem Sinne gar nicht. Die Tatsache, dass er doch Eingang in die Berichterstattung findet, verweist eher auf eine mediale Diskriminierungspraxis denn auf sorgfältige Recherchen. Auch das Sekretariat der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus ist der Meinung, dass dieser Begriff diskriminierend ist.

Als Exekutivorgan der Stadt Bern ist der Gemeinderat verantwortlich, dafür zu sorgen, dass Diskriminierung und Rassismus in der Verwaltung nicht vorkommen. Daher bitten wir dem Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Was ist mit „Balkantyp“ gemeint? Wie sieht ein „Balkantyp“ aus?
2. Verwendet die Polizei den Begriff „Balkantyp“ intern, wenn Ja wofür?
3. Braucht die Polizei intern andere solche diskriminierende Begriffe?
4. Ist der Gemeinderat nicht auch der Meinung, dass solche Begriffe Vorurteile festigen und Fremdenfeindlichkeit schüren?
5. Trägt nicht der Gemeinderat die Verantwortung dafür, dass solche vorurteilbehafteten, diskriminierenden und rassistischen Begriffe und Handlungen bei der Polizei nicht mehr vorkommen?
6. Welche konkreten Massnahmen in der Polizei und deren Pressedienst gedenkt der Gemeinderat zu ergreifen, um solche Vorkommnisse künftig zu vermeiden.

Bern, 11. Januar 2007

Interpellation Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Anne Wegmüller, JA!), Stefanie Arnold, Natalie Imboden, Franziska Schnyder, Simon Röthlisberger, Myriam Duc, Catherine Weber, Urs Frieden, Carolina Aragón, Daniele Jenni

Interpellation Daniele Jenni (GPB): Verfehlt Begriffe bei der Polizei

In der Medienmitteilung Nr. 514 vom 17. Dezember 2006, unterzeichnet vom Polizeikommando, beschreibt der Presseinformationsdienst der Stadtpolizei drei mutmassliche Täter wie folgt: 1. Unbekannter Mann, ..., Balkantyp. 2. Unbekannter Mann, ..., Balkantyp. 3. Unbekannter Mann, ..., Balkantyp. Alle drei sprachen akzentfrei Berndeutsch.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Auskünfte zu geben:

1. Welche Eigenschaften sind im polizeilichen Verständnis den Bewohnern jener Gebiete zuzuordnen, die von der Südspitze des Peloponnes bis zum Wiener Rennweg reichen, und zwar
 - a) allgemein,
 - b) bei akzentfreier Beherrschung des Berndeutschen?
2. Ist ein solches Signalement ausser zur Verfestigung rassistischer Vorurteile auch zu rechtmässigen polizeilichen Zwecken tauglich?
3. Was hält der Gemeinderat von ebenso üblen wie inhaltlich wohl eher schlecht definierbaren Pauschalisierungen seitens einer ihm unterstellten Stelle?
4. Glaubst du an ein Ausbildungsdefizit bei der Polizei, wenn daselbst derartige Denkweisen offenbar nicht zu tilgen sind?
5. Gedenkst du solchen Beiträgen zum interkulturellen Unfrieden ein wirksames und nachhaltiges Ende zu setzen und wie stellst du dir das zu bewerkstelligen vor?
6. Welche Konsequenzen willst du ziehen, um die Mentalität, die hinter solcher Wortwahl steht, zumindest bei der Polizei abzubauen?

Bern, 11. Januar 2007

Interpellation Daniele Jenni (GPB), Urs Frieden, Catherine Weber, Myriam Duc, Anne Wegmüller, Stefanie Arnold, Franziska Schnyder, Carolina Aragón

Kleine Anfrage Fraktion SVP/JSVP (Stefan Bärtschi, SVP): Ein Trottoir, das ins Nichts führt?

Bei einem Spaziergang durch Bümpliz Richtung Holiebi, steht man, wann man rechts beim Kreisel zwischen Hallmatt und Morgenstrasse auf dem Trottoir Richtung Freiburgstrasse heruntergeht, auf einmal am Ende des Gehwegs für Fussgänger. Vorher weist kein Signal oder sonst etwas auf dieses abrupte Ende des Trottoirs hin. Erst am Ende des Fussweges ist eine Gitterabschrankung angebracht, welche mit dem Hinweis, dieses Trottoir ende hier und gehe auf der gegenüberliegenden Seite weiter, versehen ist.

Einmal mehr beweist der Gemeinderat mit einem solchen Schildbürgerstreich, wie ernst die Verkehrssituation in der Stadt Bern ist. Solcher Blödsinn muss vermieden werden. Planungsfehler dieser Art sind vor allem für Kinder und betagte Menschen gefährlich.

Aus der oben geschilderten Situation ergeben sich folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Ist dem Gemeinderat die geschilderte Situation bekannt?
2. Wie kann es zu solchen Fehlplanungen kommen?
3. Ist dem Gemeinderat bewusst, wie gefährlich so eine Fehlplanung für Kinder und ältere Menschen werden kann?
4. Was geschieht nun mit dem Trottoir, das ins Nichts führt?
5. Was wird der Gemeinderat zukünftig unternehmen, damit solche Fehlplanungen nicht mehr geschehen?

Bern, 11. Januar 2007

Kleine Anfrage Fraktion SVP/JSVP (Stefan Bärtschi, SVP), Simon Glauser, Manfred Blaser, Thomas Weil, Beat Schori, Ueli Jaisli, Erich J. Hess, Rudolf Friedli

Parlamentarische Initiative Daniele Jenni (GPB), Franziska Schnyder (GB): Kein Kundgebungsverbot mehr auf dem Bundesplatz während den Sessionen!

Art. 6 des Reglements über Kundgebungen auf öffentlichem Grund (Kundgebungsreglement; KgR) erhält folgenden Wortlaut:

Kundgebungen auf dem Bundesplatz

- 1 Kundgebungen auf dem Bundesplatz werden nicht bewilligt für dortige Marktzeiten, namentlich von Wochenmarkt, Zibelemärit und Graniummärit.
- 2 Über Ausnahmen in Einzelfällen entscheidet der Gemeinderat.

Geändert wird durch diese Initiative Art. 6 KgR, der heute lautet:

Kundgebungen auf dem Bundesplatz

- 1 Kundgebungen auf dem Bundesplatz werden für folgende Zeiten nicht bewilligt:
 - a. Sessionswochen des eidgenössischen Parlaments für die Zeiten von Montag bis Freitag;
 - b. dortige Marktzeiten, namentlich von Wochenmarkt, Zibelemärit und Graniummärit.
- 2 Über Ausnahmen in Einzelfällen entscheidet der Gemeinderat.

Begründung:

1. Anlässlich der Stadtratssitzung vom 20. Oktober 2005 war der heutige Wortlaut von Art. 6 Abs. 1 KgR dem auf einem Antrag der Stadtratskommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) und von Daniele Jenni beruhenden Wortlaut mit 35 zu 34 Stimmen vorgezogen worden (Stadtrats-Protokoll 2005 Nr. 26).
Die vorliegende parlamentarische Initiative kommt nun auf den Wortlaut dieses in knappster Minderheit verbliebenen Antrags zurück.

2. Gegen das Kundgebungsverbot auf dem Bundesplatz während den Sessionen hatte die Minderheit nicht nur vorgebracht, dass damit im Vergleich zu Lobbyarbeit und anderen Einwirkungsmöglichkeiten einflussreicher Kreise die Mittel weniger mächtiger Kreise, ihre Anliegen geltend zu machen, benachteiligt würden, sondern auch, dass dieses grundsätzliche Verbot eine rechtswidrige Beschränkung der Grundrechte darstelle.
3. Am 29. November 2006 hob die Regierungsstatthalterin II von Bern auf Gemeindebeschwerde hin zwei Bestimmungen der gemeinderätlichen Verordnung über Kundgebungen auf öffentlichem Grund (Kundgebungsverordnung; KgV) auf. Im Rahmen dieses Entscheids gbv 8.9.9/4-2006 wurde auch das Kundgebungsverbot auf dem Bundesplatz, das an sich nicht direkt zur Beurteilung stand, zum Gegenstand von Erwägungen:
 - a) „Trotzdem sei angemerkt, dass es in der Tat fraglich wäre, ob die Beschränkung von Kundgebungen auf dem Bundesplatz während Sessionswochen der Überprüfung anhand Art. 19 und 28 KV [Verfassung des Kantons Bern] standhalten würde. Es erscheint bedenklich, dem Volk im Grundsatz die Möglichkeit zu verwehren, seine Meinung während Sessionstagen unmittelbar vor dem Parlamentsgebäude manifestieren zu können.“ (III. B. iv. 10.)
 - b) „Sollte der Stadtrat ... eine Konkretisierung der Kriterien zur Bewilligungserteilung ... im Rahmen des KgR für angezeigt erachten, so hätte er bei der Ausgestaltung der Regelung den Grundsatz von Art. 19 Abs. 2 KV zu beachten. Ob er letzteres betreffend den Bundesplatz mit Art. 6 KgR ausreichend getan hat, muss bezweifelt werden.“ (III. B. iv. 17.)
4. Aus diesen Ausführungen lässt sich schliessen, dass die Gründe und Bedenken der damaligen Minderheit ernst zu nehmen sind und dass das Kundgebungsverbot auf dem Bundesplatz auf rechtlich wackligen Boden zu stehen gekommen sein dürfte. Es empfiehlt sich deshalb sicher, die entsprechende Bestimmung auf dem ordentlichen Gesetzgebungsweg im Sinne der vorliegenden Initiative anzupassen. Zuständig dafür ist ausschliesslich der Stadtrat von Bern, nicht etwa auch der Bundesrat oder die eidgenössischen Räte.

Bern, 11. Januar 2007

Parlamentarische Initiative (Daniele Jenni, GPB/Franziska Schnyder, GB), Urs Frieden, Catherine Weber, Myriam Duc, Simon Röthlisberger, Anne Wegmüller, Stefanie Arnold, Natalie Imboden, Miriam Schwarz, Carolina Aragón, Giovanna Battagliero, Gisela Vollmer, Ursula Marti, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Andreas Zysset, Margrith Beyeler-Graf, Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Göttin, Hasim Sancar, Michael Aebersold, Patrizia Mordini, Beni Hirt, Sarah Kämpf, Gabriela Bader, Corinne Mathieu, Susanne Elsener, Beat Zobrist

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Peter Bernasconi*

Die Protokollführerin: *Annemarie Masswadeh*